

# Granma

DEUTSCHE AUSGABE

## INTERNACIONAL

HAVANNA  
DEZEMBER 1995

Postvertriebsstück Y 9229  
Entgelt bezahlt

Jahrgang 30 Nummer 11  
DM 2.50; Preis in Kuba 0.50 USD



## VEREINTE NATIONEN

• Ablehnung der  
US-Blockadepolitik  
wächst. Überwältigende  
Mehrheit für  
den Antrag Kubas

SEITE 14

## Nation und Emigration

• Verstärkte  
Reisemöglichkeiten  
für Kubaner, die  
im Ausland leben

SEITE 6

### 11. Gipfel der Nichtpaktgebundenen

• Vertreter von 80% der  
Weltbevölkerung verurteilen die  
Blockade und das Helms-Gesetz

SEITEN 12 UND 13

## 8 Seiten Beilage

• Die Welt unterstützt  
uns und in immer  
stärkerem Maße auch das  
US-amerikanische Volk



# Erfolge bei der Haushaltssanierung

• Positive Wirtschaftsdaten für 1995  
• 2,3% Wachstum erwartet

• Messegelände muß erweitert werden

SEITEN 10 UND 11

**Granma**  
INTERNACIONAL

ZEITUNG AUS KUBA  
UND LATEINAMERIKA

Deutsche  
Ausgabe

Avenida General Suárez y  
Territorial. Plaza de la  
Revolución "José Martí",  
Apartado Postal 6260,  
La Habana 6, Cuba.  
C.P. 10699 Telex: 0511 355 /  
0511 221-0511 221. e-mail  
granmai@tinored.cu  
Fax: 53-7-33-5176 und 33-5826  
Tel: 81-6265 / 81-7443  
Zentrale: 81-3333  
App. 23 und 38

GENERALDIREKTOR

Frank Agüero Gómez

CHEFREDAKTEUR

Gabriel Molina Franchossi

STELLVERTRETER

Miguel Comellas Dopico

INFORMATIONSCHEF

Joaquín Oramas Roque

LEITER DER REDAKTION

Octavio Lavastida Martínez

PRODUKTIONSCHIEF

Ramón Robert Durán

TEAMCHEFS

Layout

Orlando Romero Fernández  
Tel. 81-6021

Deutsche Ausgabe

Hans-Werner Richert  
Tel. 81-6021

Englische Ausgabe

Mercedes Guillot  
Tel. 81-6054

Französische Ausgabe

Frédéric Woungly-Massaga  
Tel. 81-6134

Portugiesische Ausgabe

Miguel Angel Alvarez  
Tel. 81-6054

Vertrieb und Abonnements

Miguel Domínguez Hernández  
Tel. 81-9821

Druck  
Zeitungsverlag Granma,  
Havanna, Cuba

NACHDRUCK



Brasilien

• Cooperativa de trabalhadores em  
Serviços Editoriais e Notícias  
Lda. Rua Regente Feijó, 49 - 2º  
andar CEP 20.060-060 Rio de  
Janeiro  
Tel. (021) 242-3430 Fax (021)  
242-1320

• EDITORIAL EDIGRAFF  
Rua Liberato Barroso N° 1093  
Fortaleza, Ceará, Brasil.  
Telf. 221-1623

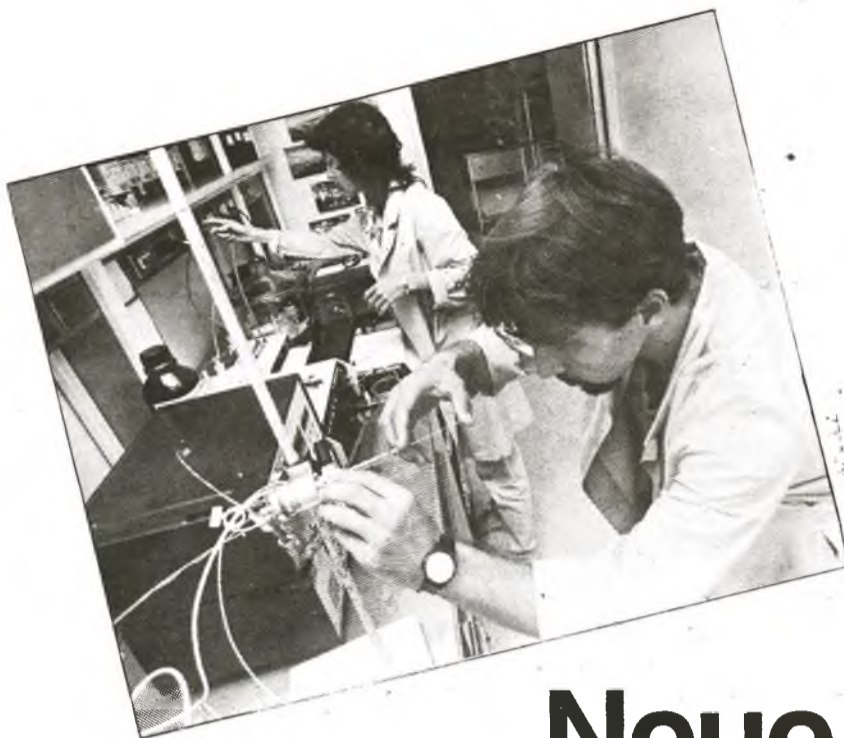
Bundesrepublik  
Deutschland

• TRIBÜNE DRUCK GMBH  
Am Treptower Park 28-30  
12435 Berlin

Kanada

• ANPO  
P.O. Box 91005  
Effort Square Postal Outlet  
Hamilton, Ontario, Canada L8N 2C3  
Tel./Fax: 905-527-0070

ISSN 0864-4624



# Neue Möglichkeiten in der Biotechnologie

MARELYS VALENCIA ALMEIDA -  
Granma Internacional

• KUBA hat auf dem Gebiet der Biotechnologie das erreicht, was nur wenige Länder erreicht haben, obwohl die Entwicklung dieser Forschungsrichtung zu einem bedeutenden Industriezweig in Kuba erst 1981 und unter den Bedingungen eines unterentwickelten Landes in Angriff genommen wurde.

Der Aufschwung, den die Molekularbiologie und die Genforschung in letzter Zeit genommen haben, ermöglicht das Voranschreiten dieser neuen Wissenschaft. Jedoch ohne die Bemühungen der kubanischen Regierung in bezug auf die Ausbildung von Fachkräften, die Einrichtung von Laboratorien und speziellen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, die kostspielige Investitionen notwendig machen, wären die Fortschritte auf diesem Gebiet der Technologie und der weltweit bedeutenden Wissenschaft undenkbar.

Die Ergebnisse, die Kuba auf diesem Gebiet erzielt hat, sind vielfältig, sie finden nicht nur zugunsten der Humanmedizin Anwendung, sondern auch zugunsten der Industrie sowie der Pflanzen- und Tierwelt. Im vergangenen November fand gerade erst der Internationale Kongress Biotechnologie '95 statt, der diesmal unter dem Motto

"Neue Möglichkeiten der Biotechnologie in Landwirtschaft und Industrie" stand.

Der Kongress, der vom Technischen Institut für Genforschung in Kuba (CIGB) und dem Biologischen Forschungsinstitut veranstaltet und von der UNESCO, der FAO und dem International Service for National Agricultural Research/Intermediary Biotechnology Service unterstützt wird, wählte zum ersten Mal dieses Thema als einen Weg zur Lösung der Probleme, die auch die entwickelten Länder noch nicht vollständig gelöst haben.

WAS HAT KUBA  
INTERESSANTES ZU BIETEN?

Die kubanischen Forscher stellten Genmanipulationen bei der Süßkartoffel und beim Kohl vor, die die Ernährungsqualität dieser Nahrungsmittel und ihre Resistenz gegen Schädlinge und Krankheiten beeinflussen (zum Beispiel die Widerstandsfähigkeit der Kartoffel gegenüber Pilzkrankheiten sowie der Süßkartoffel und des Zuckerrohrs gegenüber Schädlingsbefall). Die Verbesserung der Qualität der Agrarprodukte stellt eine der bedeutendsten Fragen dar, die die Spezialisten beschäftigt, erklärte Guillermo Selman, Ingenieur des CIGB, gegenüber Granma Internacional.

Auch in der industriellen Anwendung gibt es wichtige Ergebnisse. Wie Julio Delgado, Spezialist auf dem Gebiet der industriebezogenen biotechnologischen Forschungen, erläutert, werden Technologien entwickelt, die eine Steigerung der Industrieproduktion und die Herausbildung neuer Nahrungsquellen sowie deren Weiterentwicklung ermöglichen.

Seit ungefähr fünf Jahren arbeitet man an der Entwicklung von Enzymen, die in der Industrieproduktion angewandt werden, wie z.B. die Dextranase, die dazu beiträgt, den Energieverbrauch zu reduzieren. Durch die Manipulation der Zellen war es uns möglich, Produkte zu gewinnen, die wir auf konventionellem Weg nicht hätten herstellen können, erläutert Delgado.

Durch das Kombinationsverfahren wurde beispielsweise das Chymosin gewonnen, ein Enzym, das man auch im Magen neugeborener Kälber findet. Dieses Enzym wird in der Käseherstellung angewandt.

Außerdem gibt es weitere Enzyme, wie die Laktase, die Alphamylase und die Invertase. Letztere wird in der Zuckerherstellung angewandt. Dieses Enzym verwandelt den Zuckersaft in einen Sirup, der süßer ist als üblich. Dieses Verfahren wurde im vergangenen Jahr in den USA patentiert.

NEUE IMPFUNG GEGEN  
KRANKHEITEN, DIE VON  
ZECKEN ÜBERTRAGEN  
WERDEN

Antonio Enríquez, Leiter der Abteilung für Produktion und technologische Entwicklung des CIGB, erläutert uns die Anwendungsmöglichkeiten der Forschungsergebnisse im Bereich der Tiermedizin.

Das Neueste auf diesem Gebiet ist die Produktion des Impfstoffs Gavac, der in der Rinderzucht angewandt wird. Im Verlauf von einem Jahr verringert der Impfstoff Gavac den Zeckenbestand auf den Weiden und im Futter beträchtlich und schützt die Rinder aktiv gegen die Krankheiten, die Zecken bei diesen Tieren verursachen können.

Zur Zeit gibt es nur eine andere Zeckenschutzimpfung, die in Australien entwickelt wurde.

Der Impfstoff Gavac wird bereits in Kolumbien, Brasilien und Bolivien vermarktet, mit Argentinien befindet man sich noch in Verhandlungen.

Das Laboratorium für Genmanipulation ist ein weiterer Bereich des Forschungszentrums CIGB, der interessante Ergebnisse vorzustellen hat.

Die Arbeit besteht in der genetischen Manipulation, die mit technischen Mitteln an Tieren vorgenommen wird. Zur Zeit werden aufgrund ihrer größeren Bedeutung vor allem Versuche mit Fischen und Säugetieren durchgeführt.



## Regionales Handeln zum Schutze der Umwelt notwendig

• **Exklusiv-Interview mit dem uruguayischen Minister für Städtebau, Regionalplanung und Umweltschutz, Antonio Chiruchi • Der Besuch von Fidel Castro ist ein Zeichen für die Haltung, die Uruguay gegenüber der Kubapolitik anderer Länder vertritt**

ELOY RODRIGUEZ  
- Granma Internacional

• **MÖGLICHERWEISE** enttäuscht von den vielen internationalen Kongressen zum Thema Umweltschutz, die ohne konkrete Ergebnisse geblieben sind, zogen es einige Beobachter und Teilnehmer vor, ihre Beifallsbekundungen zurückzuhalten und abzuwarten, ob der vor kurzem in Kuba abgehaltene Gipfel der lateinamerikanischen und karibischen Umweltminister Lösungen für die gravierenden Probleme bieten kann, die den Kontinent belasten.

Andere hingegen - vielleicht die Mehrheit - sahen in der Ministerrunde in Havanna den eigentlichen Ansatzpunkt zur Lösung der Probleme des Kontinents, die als Sprengstoff des 21. Jahrhunderts betrachtet werden.

Zu den letztgenannten gehört Juan Antonio Chiruchi, Kandidat der Nationalen Partei für das Amt des Vizepräsidenten bei den letzten Wahlen und der Mann, der entschlossen ist, Uruguay zumindest in den nächsten fünf Jahren in eine sogenannte "grüne" Richtung zu lenken.

Für den Minister für Städtebau, Regionalplanung und Umweltschutz diente das Gipfeltreffen in Havanna in erster Linie dazu, eine neue Strategie für das Umweltschutzprogramm der UNO vorzulegen, die die Dezentralisierung dieser Organisation begünstigt, und gleichzeitig die bilateralen

Kontakte auf persönlicher Ebene zu pflegen.

"Wir glauben", erklärte er in der diplomatischen Vertretung Uruguays gegenüber Granma Internacional voller Optimismus, "daß wir die Probleme des Kontinents mit dem guten Willen der Regierungen schrittweise reduzieren können."

Chiruchi zufolge hat Uruguay schon immer die Vereinheitlichung der regional unterschiedlichen Umweltschutzbestimmungen gefordert, und, so führte er aus, "auf der Ebene des MERCOSUR haben wir erste Schritte unternommen, indem wir ein Treffen der Minister dieser Länder angeregt haben, mit demselben Ziel, das auch dieser Gipfel verfolgt: nämlich eine gemeinsame Umweltpolitik für die gesamte Region zu planen."

"Wir haben auch die Notwendigkeit regionaler Treffen zu dem Thema angesprochen, auf denen über alle möglichen Beeinträchtigungen der Umwelt informiert werden sollte. Das wäre für alle Beteiligten von Vorteil, denn es ist bewiesen, daß die potentiellen Gefahren grenzüberschreitend sind und wir uns gemeinsam schützen müssen."

Für sein Land liegt die Bedeutung dieses Forums insbesondere darin, daß ein Austausch mit den Amtskollegen der Region stattfinden konnte.

"Wir haben mit den jeweiligen Ministern aus Argentinien, Brasilien

und Paraguay einzelne Schwerpunktfragen für die Region erörtert. Z. B. den Bau der Brücke, die Colonia und Buenos Aires verbinden soll, oder den Bau der Verkehrsachse zwischen Buenos Aires und Sao Paulo, die durch Paraguay und Uruguay führen wird. Dabei sind wir gemeinsam darum bemüht, diese Infrastrukturmaßnahmen so zu planen, daß sie die Lebensqualität unserer Bürger nicht beeinträchtigen," erklärte er.

Obwohl Uruguay und Kuba kein gegenseitiges Abkommen unterzeichneten, hatte Chiruchi eine Unterredung mit der Ministerin Rosa Elena Simeón, die er für das kommende Jahr zu einem Besuch nach Uruguay einlud und mit der er ein "freies und offenes" Gespräch führte, um "gegenseitige Erfahrungen" - insbesondere zum Thema Gesetzgebung und Schutz der Küstenzonen - auszutauschen.

"Letztere", versicherte er "gehören für beide Länder, in denen der Tourismus eine der wichtigsten Beschäftigungs- und Devisenquellen darstellt, zu den wertvollsten Naturschätzen."

Das Ökosystem der Küstenregion Uruguays ist bereits durch Ansiedlungen von Ausländern wie auch von Einheimischen angegriffen. Laut Chiruchi ist der Erhalt dieses Ökosystems "die grundlegende Aufgabe bei unserem Anliegen."

Hinsichtlich der Gesetzgebung wies er darauf hin, daß Kuba auf diesem Gebiet bereits seit 14 Jahren Erfahrungen gesammelt habe und damit Uruguay, das erst vor 5 Jahren ein Umweltministerium gegründet habe, weit überlegen sei.

"Wir sind davon überzeugt, daß Kuba auf diesem Gebiet weiter fortgeschritten und deshalb eine Hilfe bei unseren Bemühungen ist."

"Die Überlegung ist, daß dies ein erstes Treffen sein soll, das mit dem Besuch von kubanischen Fachkräften in Uruguay und einem gegenseitigen Austausch fortgesetzt werden soll."

Zur internen Situation Kubas, die er zum großen Teil durch Kontakte mit den Menschen kennenlernen konnte, äußerte der Minister, er sei "betrübt über die Situation, die das Leben der Kubaner so hart trifft".

"Uruguay ist immer gegen die Blockadepolitik der USA gewesen. Wann immer sich eine Gelegenheit ergibt, erheben wir unsere Stimme zur Verteidigung Kubas."

Wie er erklärte, setzte die Regierung Uruguays mit der Einladung des kubanischen Präsidenten Fidel Castro ein "deutliches Zeichen", das anderen Ländern die Haltung Uruguays gegenüber Kuba verdeutlichen soll.

Beim Empfang der lateinamerikanischen und karibischen Minister hatte Chiruchi "etwas länger als andere Kollegen" Gelegenheit, mit Fidel Castro zu sprechen "und Erfahrungen zu verschiedenen Themen auszutauschen, wie z.B. zu Fragen der Anwendung der Ergebnisse der Genforschung in der Land- und Viehwirtschaft sowie zur Frage der Kreuzungen in der Rinderzucht. Es wird sich zeigen, was wir davon übernehmen können".

Chiruchi bestätigte, daß er eine persönliche Einladung an den Bruder des kubanischen Präsidenten, Ramón Castro, ausgesprochen habe, der einer der bekanntesten Experten auf dem Gebiet der Rinderzucht in Kuba ist.

Obwohl erst seit fünf Monaten im Amt, scheint Juan Antonio Chiruchi mit dem Thema Umweltschutz in seinem Land bereits sehr vertraut zu sein. Er hat sich vorgenommen, Uruguay als ein "Land der Natur" bekanntzumachen. Die Frage ist nur, inwieweit ein qualitativer Wandel vollzogen werden kann, angesichts einer Situation, die nicht mehr lösbar ist, ohne die Zusammenarbeit aller Regierungen der Region oder gar der ganzen Welt.

**Zeitung aus Kuba und Lateinamerika**

Ja,

Granma  
INTERNACIONAL

**Ich bestelle**

für die Dauer von

1 Jahr (12 Ausgaben) 24 DM       6 Monaten (6 Ausgaben) 13 DM

Zahlungswise  gegen Rechnung       per Bankinzug

Anschrift Meine Bankverbindung

Name Geldinstitut

Str./Nr. BLZ

PLZ/Ort Konto

Datum/Unterschrift

Ich kann die Bestellung innerhalb von 10 Tagen schriftlich widerrufen (Poststempel zählt). Wird das Abo nicht bis 8 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes gekündigt, verlängert es sich automatisch um den gewählten Zeitraum.

**2. Unterschrift**  
Coupon an: WVCO, Granma,  
PF 66, 12414 Berlin

# Schaffung Freier Wirtschaftszonen

• In Häfen und auf Flughäfen der Insel vorgesehen • Harmonische Ergänzung des Gesetzes über ausländische Investitionen

JOAQUIN ORAMAS  
- Granma Internacional

• DIE Erarbeitung des Gesetzentwurfes, der die Errichtung und Ausgestaltung von Freien Wirtschaftszonen im Land regeln wird, befindet sich in einem fortgeschrittenen Stadium. Dieses Gesetz wird die Bedingungen und Auflagen für die Lizenzvergabe in diesen Einrichtungen festlegen.

Das Vorhaben definiert die Freien Wirtschaftszonen eindeutig als einen Sektor des nationalen Territoriums, auf dem unter den besonderen Bedingungen von Steuererleichterungen vereinfachte Zollbestimmungen umgesetzt werden. Außerdem werden dort alle auf den Export ausgerichteten Finanzgeschäfte abgewickelt werden können. Es sieht die Eröffnung besagter Einrichtungen in Häfen und auf Flughäfen vor, obwohl bisher nur für den Hafen von Mariel ein entsprechender Beschluß gefaßt wurde. In diesen Zonen werden Vorhaben in den Bereichen Handel, Industrie und Dienstleistungen möglich sein.

Dank seiner geographischen Lage in der Nähe wichtiger Flug- und Seefahrtsrouten bietet Kuba ausgezeichnete Bedingungen für das Betreiben Freier Wirtschaftszonen, da der Reexport auf verschiedene Märkte der Region begünstigt wird.

Die Existenz derartiger Einrichtungen setzt die Anwendung spezieller Steuerbestimmungen voraus, vor allem bei der Einbeziehung fortschrittlicher Technologien und Forschungen, die wertvolle Beiträge zur Entwicklung des Landes liefern könnten. Diese Vorteile können z.B. zur Errichtung von Montageanlagen in den Zonen führen, wo dann Bauelemente, Ersatzteile und Zubehör ausländischer und sogar kubanischer Produktion verwendet werden.

Neben der Schaffung von Arbeitsplätzen für kubanische Facharbeiter und Spezialisten garantieren diese Zonen ausländischen Produzenten Einsparungen bei der Beförderung von Maschinen und anderen Geräten sowie Erzeugnissen, die für Märkte in verschiedenen Teilen des Kontinents bestimmt sind. Gleichzeitig wird mit dem Einsatz von erfahrenem kubanischen Personal mit der notwendigen Qualifikation die Ausführung der Montage mit hoher Qualität und Effizienz garantiert.

Insgesamt ist der Gesetzesentwurf eine kohärente und harmonische Ergänzung zum Gesetz über ausländische Investitionen, das kürzlich vom kubanischen Parlament beschlossen wurde.

## An- und Verkauf von Dollar für die Bevölkerung

• VOR wenigen Tagen hat in Kuba versuchsweise der An- und Verkauf von US-Dollar und konvertiblen Peso durch das kubanische Unternehmen Casa de Cambio S.A. (CADECA) begonnen.

Beim Ankauf und Verkauf von Dollar und konvertiblen Peso (dessen Wert dem des Dollars entspricht, der aber nur in Kuba Kaufkraft besitzt) gegen die Landeswährung werden die Umtauschkurse benutzt, die auf dem informellen Markt notiert werden.

Wie die Nationalbank bekanntgab, legt die an CADECA verliehene Lizenz fest, daß "dieses Unternehmen nicht gesetzlich verpflichtet ist, diese Operationen durchzuführen. Entsprechend wird der Umtausch nur in Übereinstimmung mit Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durchgeführt", die es selbst realisiert.

Die von unserer Redaktion unter der Bevölkerung eingeholten Meinungen befürworten im allgemeinen diesen neuen Service.

"Von jetzt an muß ich mich weder verstecken, wenn ich Dollar tausche, die mir meine im Ausland lebende Tochter zukommen

läßt, noch laufe ich Gefahr, daß mich ein Delinquent übers Ohr haut oder überfällt", sagte ein Rentner in der Schlange vor dem Schalter, der von zwei Posten bewacht wird.

Verantwortliche des CADECA äußerten, daß in den ersten Tagen der Ankauf von Dollar stärker war als der Verkauf.

Der Besitz von Devisen wurde vor zwei Jahren für kubanische Staatsbürger legalisiert. Damals hat man bis zu 130 Peso für einen Dollar auf dem Schwarzmarkt gezahlt.

Nach und nach hat der Dollar an Wert verloren. Anfang 1995 sank er zunächst bis auf 35 Peso und kurz darauf auf 30 Peso ab.

Mitte des Jahres stürzte der Dollarkurs dann abrupt ab, und man notierte bis zu 15 Peso, er stieg dann allerdings wieder bis auf 25 Peso an.

Vorläufig wird der Umtauschservice nur in sechs Wechselstellen in der Hauptstadt und einer im Badeort Varadero geboten, "mit dem Ziel, die nötigen Erfahrungen zu sammeln, um entscheiden zu können, ob es angebracht ist, ihn auch auf die übrigen Landesteile auszuweiten".



ISMAEL FRANCISCO

## Herzlichen Glückwunsch!

MIGUEL HERNÁNDEZ - Granma

• ER strahlt übers ganze Gesicht ... Seit vergangenem Sonnabend lächelt er ununterbrochen. Daß Félix Savón innerhalb und außerhalb des Rings lächelt, ist nichts Neues. Jedoch so intensiv wie diesmal zeichnete es sich noch nie in seinem Gesicht ab, an dem die Fäuste seiner Gegner keine Spuren hinterlassen haben. Nicht einmal, als er den wachspolierten Ring im katalanischen Badalona mit seiner ersten olympischen Goldmedaille verließ, lächelte er so intensiv und auch

nicht, als er kürzlich in Berlin zum fünften Mal Weltmeister wurde. All das erscheint ihm eine Kleinigkeit im Vergleich zu seiner Freude von heute, da er nun in seinen mächtigen Armen diese beiden neuen Trophäen hält, die er sich schon seit Jahren wünschte: María Félix und Félix Mario ... Das nächste Mal werden es Drillinge, sagte Savón aus Spaß. Und seine Frau María setzte im Scherz eine ernste Miene auf.

## juventud rebelde

30 Jahre Juventud Rebelde

### EINEM AUFRICHTIGEN FREUND ...

• DIE Zeitung Juventud Rebelde ist 30 Jahre alt geworden. Wegen der unerwarteten Papierkrise wurde aus der täglichen Abendzeitung eine sonntägliche Wochenzeitung. Doch ihrem Charakter ist sie treu geblieben.

Die Feierlichkeiten waren Anlaß, den Begründern des Blattes und ihren Nachfolgern unvergeßliche Augenblicke in Erinnerung zu rufen und die Glückwünsche vieler entgegenzunehmen.

Für uns ist sie ein wöchentlicher Ansporn, eine große Schwester (wir erblickten vier Monate später das Licht der Welt) und eine gute Nachbarin (sie im Erdgeschoß und wir im sechsten Stock des "Polygráfico").

Ihre Leser - viele jung, alle rebellisch - finden auf ihren Seiten stets eine Anregung für die Dis-

kussion, Unterhaltung, Information und Erziehung.

Sie hat mit Auszeichnung das in die Tat umgesetzt, was ihr von Präsident Fidel Castro, ihrem Begründer, mit auf den Weg gegeben worden war: "eine Zeitung zu werden, die sich hauptsächlich an die Jugend richtet, die Themen behandelt, die die Jugend interessieren. Dabei muß sie versuchen, eine anspruchsvolle Zeitung zu sein, und das, worüber sie schreibt, sollte alle interessieren..."

Für Granma Internacional handelt es sich nicht um eine bloße Formalität. Es ist keine beiläufige Gratulation. Es geht darum, von Kollegen und Freunden eine herzliche und feste Umarmung zu übermitteln.

## Helms mit oder ohne Kapitel Nr. 3

# Ein Schlag gegen die Souveränität

FELIX PITA ASTUDILLO - Granma

• DER Helms-Entwurf wurde vor wenigen Tagen mit 74 zu 24 Stimmen vom US-Senat verabschiedet. Es handelte sich um einen Kompromiß der beiden Parteien, den die ultrarechten Republikaner aus Gründen der politischen Opportunität akzeptieren mußten.

Das taktische Zugeständnis der Ultrarechten bestand darin, der Streichung des dritten Kapitels der Vorlage zuzustimmen. Dieses Kapitel behandelt die Ansprüche von US-Amerikanern auf Eigentum in Kuba, die zum Zeitpunkt der Enteignung Kubaner waren. Weiterhin werden dort auch Strafen für Investoren aus Drittländern festgelegt, die ihr Kapital in ehemaligem Eigentum von US-Bürgern anlegen.

Der so angenommene Gesetzentwurf wurde von zahlreichen Agenturen und Zeitungen als "verwässert" und "verstümmelt" bezeichnet.

Diese Einschätzung ist nicht nur falsch, sie trägt außerdem noch gefährlich zur Desinformation bei. Sie soll den Eindruck vermitteln, daß der verbleibende Teil der Gesetzesvorlage nach der Herausnahme des dritten Kapitels vollkommen harmlos sei, so daß sich niemand mehr darum Gedanken machen müsse.

Und gerade hierin besteht seine demobilisierende Wirkung. Denn wenn man sich auf die aggressiven Abschnitte des dritten Kapitels konzentriert, läßt man eine grundlegende Tatsache außer acht: Das vom US-Senat angenommene Dokument enthält wahrscheinlich den schärfsten Interventionstext, der jemals von den gesetzgebenden Organen irgendeines Landes verabschiedet wurde.

Wenn dieses Dokument, so wie es von den US-Senatoren angenommen wurde, zum geltenden Recht wird, verschwindet die Souveränität Kubas und der Kubaner irgendwo in der Akten tasche des US-Präsidenten und bleibt für immer unter der Kontrolle von Kongreß und Senat. Damit eine solche Ungeheuerlichkeit niemals Wirklichkeit wird, kämpfen wir Kubaner schon seit 1868, und es ist eine Selbstverständlichkeit, daß jede Frau, die in Kuba geboren wird, mit Nägeln und Klauen kämpft, um das zu verhindern.

Deshalb irren sich diejenigen unter uns, die glauben, daß die Annahme des mutmaßlich "verwässerten" Entwurfs eine Mäßigung oder ein geringeres Übel darstelle, nur weil das dritte Kapitel fehlt.

Dabei wird nicht einmal berücksichtigt, daß der Gesetzgebungsprozeß noch nicht abgeschlossen ist und daß das erwähnte Kapitel während der Beratungen des sogenannten Vermittlungs- oder Schlichtungsausschusses, demjenigen Organ der beiden Kammern des Kongresses, das aus den Vorlagen einen endgültigen Entwurf erarbeiten muß, der die Helms-Burton-Version mit berücksichtigt, sehr wohl wieder in den Gesetzestext aufgenommen werden kann. Außerdem ist dieser Ausschuß eine ad-hoc Einrichtung, d.h., aus den interessierten Beteiligten zusammengesetzt - sieben Vertretern des Senats und der gleichen Anzahl von Vertretern des Repräsentantenhauses -, und selbstverständlich finden sich alle Elemente der extremen Rechten darin zusammen, die das dritte Kapitel wieder aufnehmen wollen.

Aber auch wenn man diese Möglichkeit nicht in Betracht zieht, müssen wir feststellen, daß die übrige Gesetzesvorlage ebenfalls über mehr oder weniger bekannte Beispiele aus anderen Ländern hinausgeht, die sich unter Kolonialherrschaft, mi-

litärischer Besetzung oder in einer vergleichbaren Situation befunden haben.

Es ist sinnvoll, einige Stellen aus dem ersten und zweiten Teil des Helms-Entwurfs hervorzuheben, um seinen Charakter als Instrument zur Versklavung des kubanischen Volkes, und damit seine Unzulässigkeit, beurteilen zu können.

Das erste Unrecht besteht in der bloßen Existenz der Gesetzesvorlage. Seit wann ist ein ausländisches Parlament und eine ausländische Regierung dazu berechtigt, in das Leben eines freien und unabhängigen Nachbarn einzugreifen? Auf welcher Rechtsgrundlage, wenn nicht auf der von Gewalt, Besetzung, Annexion oder Kolonisation, kann man in das institutionelle Leben eines fremden Landes eingreifen? Wer geht in die Wohnung des Nachbarn, um ihm vorzuschreiben, wie er die Möbel aufstellen soll?

Generell war dies das Verhalten der Imperien im Verlauf der Geschichte, aber es ist sehr wahrscheinlich, daß man zum Ausmaß der Unterdrückung, die bei Helms oder Helms-Burton geplant sind, keine Parallelen findet. Wir werden sehen.

Einen der skandalösesten Fälle von Völkermord und gewaltsamer Ausrottung eines Volkes haben die US-amerikanischen Kolonisatoren an der einheimischen Indianerbevolkerung verübt. Nachdem sie von ihren besten Ländereien vertrieben und die Mehrheit von ihnen physisch ausgerottet waren, wurden die überlebenden Indianer in die sogenannten Reserven getrieben. In diesen häufig unfruchtbaren und ungesunden Gegenden mußten die besiegten Völker leben.

Nach all diesen Grausamkeiten schließlich, versuchten die Eroberer den Genozid an der indianischen Bevölkerung mit dem Feigenblatt des Zugeständnisses gewisser autonomer Rechte zu bemänteln. So konnten die Indianer ihre Stammesgesetze wiederbeleben, eigene Regeln für Jagd und Fischfang aufstellen, ihre eigene Rechtsprechung ausüben, kleine Geschäfte gründen, Steuern für die Belange der Indianerbehörden in den Reservaten usw. übernehmen, ohne eine mutmaßliche Einmischung oder Kontrolle von außen.

Nichts Vergleichbares wäre davon im Rahmen der Helms-Gesetzesvorlage möglich, die festlegt, daß eine hypothetische Regierung in Kuba nach dem Fall der Revolution eine Reihe von Bedingungen erfüllen mußte, die der Präsident der USA anordnet, darunter Maßnahmen zur Rückgabe des ab 1. Januar 1959 enteigneten Eigentums von US-Bürgern.

Wenn diese Bedingungen nicht zur Zufriedenheit des US-amerikanischen Mandatsträgers erfüllt werden, der darüber Abgeordneten des Senats und Repräsentantenhauses, wie Helms und Burton, im Kongreß ausführlich und regelmäßig Rechenschaft ablegen muß, wird die sogenannte Übergangsregierung von Seiten Washingtons weder einen Centavo noch irgendeine andere Form der Anerkennung erhalten.

Der Paragraph 207 (a) (1) (2) des Helms-Entwurfes ist klar und eindeutig: "Eine kubanische Übergangsregierung wird keinerlei Unterstützung erhalten (...), solange der US-Präsident nicht bestätigt, daß diese Regierung sich öffentlich verpflichtet und geeignete Maßnahmen ergriffen hat (...), um den ab 1. Januar 1959 verstaatlichten Besitz natürlichen Personen oder US-amerikanischen Unternehmen in Kuba zurückzugeben oder sie schnell, angemessen und wirkungsvoll zu entschädigen."

Selbst diese Übergangsregierung, die mit Sicherheit aus Vertretern der bekannten Annexions-

mafia von Miami bestehen würde, wäre für Washington so wenig wert, daß das Versprechen, alle Forderungen zu erfüllen, die die USA ihnen auferlegt, nicht genügen würde. Der US-amerikanische Präsident müßte diese Erfüllung vor dem Kongreß bestätigen. Die Imperialisten trauen nicht einmal ihren eigenen Lakaien.

Deshalb erscheint es mir nicht übertrieben zu behaupten, daß die leidgeprüfte US-amerikanische Indianerbevolkerung mit den beschränkten Möglichkeiten, die ihnen in ihren Reservaten eingeräumt wurden, sich in einer besseren Position befindet als jede postrevolutionäre Regierung in Kuba unter den drakonischen Bestimmungen des Helms-Gesetzentwurfs.

Der Vergleich wäre auch in bezug auf die kubanische Regierung von Tomás Estrada Palma von 1902 und den ominösen Verfassungszusatz des Senators Orville Platt (Platt-Amendment) gestattet. Die Marionettenregierung von Estrada Palma wurde nach der US-amerikanischen Intervention von 1898 eingesetzt und, bis auf das Platt-Amendment, ohne weitere Vorbedingungen von Washington diplomatisch anerkannt. Der erste kubanische Präsident bestimmte in seinem Kabinett die Innen-, Verteidigungs- und Wirtschaftspolitik, die, wenn sie den Interessen Washingtons nicht widersprach, den Kubaner nicht gesetzlich verpflichtete, alle drei oder sechs Monate seinem Amtskollegen Teddy Roosevelt Bericht zu erstatten, damit anschließend der "rough-rider" die gute Führung von Estrada Palma und seinem Team bestätige.

Der Helms-Entwurf regelt schwarz auf weiß die Verpflichtung des US-Präsidenten, zu entscheiden und zu bestätigen, ob die nachrevolutionäre, kubanische Regierung den Anordnungen Washingtons nachkommt oder nicht. In bezug auf die diplomatische Anerkennung ist es interessant zu wissen, daß diese konterrevolutionäre Brut einer kubanischen Regierung in der Vorhölle bleiben wird, bis sie eine Forderung erfüllt, die im Paragraph 207 (d) zusammengefaßt ist. Bei Helms heißt es:

"Es ist die Ansicht des Kongresses, daß die befriedigende Lösung der Eigentumsansprüche durch die kubanische Regierung (...) weiterhin grundlegende Bedingung zur völligen Wiederherstellung der ökonomischen und diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Kuba ist."

Das heißt, wenn die Situation von vor 1959 nicht völlig wiederhergestellt wird, dieses Mal aber unter regelmäßiger Kontrolle und Überwachung von ausländischem Boden aus, von dort gutgeheißen oder verurteilt, wird die USA Kuba weder einen Centavo zugestehen, noch das Land diplomatisch anerkennen.

Die Liste der Vergleiche könnte beliebig fortgesetzt werden, und keines dieser Beispiele würde die Souveränität eines Landes so restriktiv und tyrannisch einschränken wie das, was der Helms-Entwurf Kuba zumutet.

Der koloniale Statthalter von Puerto Rico, Pedro Roselló, nimmt die Aufgaben der Innenpolitik wahr, und Washington behält sich die Außen- und Verteidigungspolitik vor. Das ist auch noch "liberaler" als das Kuba, das Helms vorschwebt. Die Marionettenregime unter der Nazi-Besetzung in Ungarn (Horthy) und Kroatien (die faschistische Ustachibewegung), hatten ein eigenes Kabinett, eigene Zuständigkeitsbereiche und konnten den Alliierten sogar den Krieg erklären, während Hitler nur die militärischen Aufgaben unter seiner Kontrolle behielt. Auch der Kaiser Pu Yi, die mandschurische Marionette der japanischen Faschisten, konnte sich etwas freier bewegen, als es der sogenannten kubanischen Übergangsregierung möglich sein wird.

Das Dokument, das aus den aktuellen gesetzgebenden Debatten hervorgeht, "mit" oder "ohne" Streichungen, wird immer ein Schlag gegen die Souveränität Kubas und der Kubaner sein, mit dem ganzen Gewicht eines Gesetzes, das sich in ein Machtinstrument einer ausländischen Großmacht verwandelt hat, um gegen ein freies, unabhängiges und unerbittliches Volk eingesetzt zu werden.



## 2. Konferenz "Die Nation und die Emigration"

# Der Prozeß der Normalisierung ist nicht mehr rückgängig zu machen

ANTONIO PANEQUE BRIZUELAS  
- Granma Internacional

• HOHE kubanische Funktionäre und Vertreter von verschiedenen Emigrantengruppen bezeichneten die 2. Konferenz "Die Nation und die Emigration", die vom 3. bis 6. November mit 357 Teilnehmern in Havanna stattfand, als "durchschlagenden Erfolg".

Vertreter beider Seiten bestätigten, daß dieses Treffen das vorherige bei weitem übertraf und daß auch die Ergebnisse der Konferenz die Erwartungen mehr als erfüllte, insbesondere weil die kubanische Regierung zwei Maßnahmen ankündigte, die für die Emigranten von besonderer Bedeutung sind.

Als am letzten Sitzungstag die Entscheidung bekannt wurde, daß für im Ausland lebende Kubaner die Möglichkeiten, nach Kuba zu reisen, erweitert wurden, stimmten die Delegierten unter Beifall und Jubel die Nationalhymne an.

Die Teilnehmer würdigten auch die Möglichkeiten zur freien Meinungsäußerung, sowohl während der Plenarsitzungen, als auch in den sechs Arbeitsgruppen der Konferenz zu den Themen: Migrationspolitik und Staatsbürgerschaft; Kultur und nationale Identität; Vereinigungen der im Ausland lebenden Kubaner; der Emigrant und seine Umwelt; Emigrationspolitik; Wirtschaftstätigkeit in Kuba.

Während der Diskussionsrunden äußerten sich die Delegierten zu verschiedenen Aspekten kontrovers, die Mehrheit aber stimmte in der Einschätzung überein, daß es ihre Aufgabe sei, Kuba in der augenblicklichen Situation durch konkretes Handeln zu unterstützen.

Auf der Schlußveranstaltung der Konferenz bezeichnete José Ramón Balaguer, Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Kubas, "den Prozeß der Verbesse-

rung der Beziehungen zwischen Kuba und seinen Emigranten als irreversibel".

Der Parteifunktionär erklärte, daß Anträge von Emigranten vorlägen, die Kuba "aus seiner Sicht" prüfen müsse, aber er gab zu, daß die Regierung "zum geeigneten Zeitpunkt alles tun werde - ganz gleich, ob es so geplant war oder nicht -, um Wege zu bahnen."

Balaguer versicherte, daß die Diskussion einträglich, aufrichtig und offen gewesen sei, was bestätigt, daß man im Prozeß der gegenseitigen Vertrauensbildung Fortschritte mache. "Es ist nie zu spät, um im Namen des Vaterlandes einzugreifen", betonte das Mitglied des Politbüros.

Viele von Granma Internacional befragte Delegierte, wie Margarita Soriano Piloto (Australien) und Goenaga Barrón (New York, USA) hoben die "außerordentliche Wirkung" hervor, die die Ergebnisse dieser Konferenz im Ausland haben werden.

Zu den wichtigsten Diskussionsbeiträgen der Konferenz zählten die Ausführungen von Ricardo Alarcón, Präsident der Nationalversammlung; Abel Prieto, Präsident des kubanischen Künstler- und Schriftstellerverbandes; José Luis Rodríguez, Minister für Wirtschaft und Planung, und Eusebio Leal, Stadthistoriker von Havanna.

### KONSOLIDIERUNG DER BEZIEHUNGEN ZU DEN EMIGRANTEN

"Der Prozeß, den unsere Regierung eigenständig einleitete und bis zur wirklichen und vollständigen Normalisierung der Beziehungen zu den im Ausland lebenden Kubanern vorantreiben wird, konsolidiert sich zunehmend," erklärte Außenminister Roberto Robaina.

In seinen Ausführungen vor der



Orlando CAHDONA

Plenarversammlung bekräftigte Robaina, daß "die Konferenzen nicht die wichtigsten Momente in diesem Normalisierungsprozeß sind oder sein werden. Es wird nur die notwendigsten geben, um den Weg zu bestimmen, wenn erforderlich die Richtung zu korrigieren und neue Kräfte zu sammeln, um immer weiter voranzuschreiten."

"Das Großartigste wäre der Tag, an dem wir uns hier oder irgendwo sonst auf der Welt versammeln, nur um an diese Zeit der Konferenzen zu erinnern, weil es dann nicht mehr notwendig wäre, sie abzuhalten, zumindest nicht, um die Beziehungen zwischen Kuba und seinen Emigranten zu normalisieren", fügte er hinzu.

Der kubanische Außenminister erklärte, daß sich seit der ersten Konferenz der Kontakt und der Austausch zwischen in Kuba und im Ausland lebenden Kubanern verstärkt habe, und daß beide Seiten ihr Interesse daran bekundet haben, neue Initiativen zu starten, die zum Ausbau der Kontakte und der gemeinsamen Treffen dienen.

Robaina verwies in diesem Zusammenhang auf bedeutende Ereignisse, die diesbezüglich in Kuba stattgefunden haben, wie die Veranstaltung "Afrokubanische Wurzeln und Emigration", sowie die Konferenzen "José Martí und die Herausforderung des 21. Jahrhunderts" und "Kultur und nationale Identität". Weiterhin sei zu beachten, daß eine wachsende Zahl von Emigranten Kuba besucht, aber auch vermehrt Kubaner in die wichtigsten Emigrationsländer reisen.

"Im Vergleich zur ersten Konferenz stellt auch der angekündigte Prozeß der Beratung mit den Emi-

granten als organisierter Bestandteil dieses Treffens einen neuen Schritt in der Entwicklung dar", erklärte Robaina.

Der Außenminister verwies darauf, daß mehrere hundert Menschen mit den unterschiedlichsten Interessen und Neigungen ernsthaft und verantwortungsvoll mit ihren Ideen und Meinungen ins Programm einbezogen wurden und damit einen Beitrag zur Normalisierung der Beziehungen geleistet haben.

Der kubanische Minister erklärte, daß nach den Ereignissen im August 1994 "Anzeichen von Vernunft und Licht" erkennbar seien, die die Regierungen Kubas und der USA unter gleichen Bedingungen an den Verhandlungstisch brachten.

"Seitdem die Verständigung mit der Regierung des Landes, in dem der größte Teil unserer Emigranten lebt, erreicht und die Beharrlichkeit unserer Normalisierungspolitik bestätigt wurde, zeigt sich nun, daß sich die Regelungen, die Verbote und die Hindernisse vervielfachen, aber von ihrer Seite aus", erklärte er.

"Ihr geht ein großes Risiko ein," fügte er hinzu. "schon Jahre vor der ersten Annäherung gab es Landsleute, die umgebracht wurden. Im vergangenen Jahr löste ein einziges Video Terror und Verfolgung aus. Aus Respekt vor dem Leben und aus ethischen Gründen setzen wir niemanden unnötigen Risiken aus, aber es ist uns eine Genugtuung zu wissen, daß diejenigen, die sich entschieden haben, eine normale Beziehung zu unserem Land einzuleiten, bereit sind, diese Prüfung zu bestehen."

## Fidel empfing Konferenzteilnehmer

• PRÄSIDENT Fidel Castro empfing die Teilnehmer der 2. Konferenz "Die Nation und die Emigration", die vom 3. bis 6. November mit 357 Teilnehmern aus 36 Ländern stattfand.

Während des Treffens im Palast der Revolution, an dem auch die Mitglieder des Organisationskomitees der Konferenz

teilnahmen, erbrachten die Emigranten ergreifende Beweise ihrer Solidarität mit den großen Fortschritten, die das kubanische Volk in seinem langanhaltenden Kampf gegen die Blockade und in Verteidigung der Souveränität und der Würde des Landes erreicht hat.



Das Hotel Cuatro Palmas in Varadero wird jetzt von der Gruppe ACCOR bewirtschaftet

# Investitionssektor Tourismus

MOISÉS PÉREZ MOK  
- für Granma Internacional

• ALS Pionier der Wirtschaftsreformen, die in Kuba seit Beginn dieses Jahrzehnts durchgeführt werden, bietet der Tourismus ständig neue Möglichkeiten für Investitionen, und die Beteiligung von ausländischem Kapital an seiner Entwicklung wird immer größer.

In dem Zeitraum von etwas mehr als fünf Jahren, der seit der Gründung des ersten Gemeinschaftsunternehmens zwischen der spanischen Gruppe Sol und dem Unternehmen Cubanacán S. A. verstrichen ist, wurden in der kubanischen Freizeitindustrie bereits 13 Unternehmen dieser Art geschaffen sowie 16 Verträge über Wirtschaftsvereinbarungen und weitere 28 über die Bewirtschaftung und die Vermarktung von Hotelanlagen unterzeichnet.

In Zahlen ausgedrückt, bedeutet das ein Investitionsvolumen im Wert von rund 300 Mio. Dollar und die Gewährung von Krediten in Höhe von 149,5 Mio. Dollar, die für die Entwicklung von staatlichen Tourismuseinrichtungen bestimmt sind. 109,2 Mio. sind schon getätigt.

Außerdem ist jede Investition in einem der drei wichtigsten Tourismuszentren des Landes (Havana, Varadero und Cayo Largo del Sur) an ein ähnliches - vorher oder gleichzeitig erfolgreiches - Vorhaben in einem der fünf restlichen Entwicklungsgebiete dieses dynamischen Wirtschaftszweigs gebunden.

Wengleich die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens bisher eine gleichgroße Beteiligung (50%) Kubas und des ausländischen Partners voraussetzt, so versicherten die Tourismusbehörden der Insel, daß beim Engagement in wenig entwickelten Regionen eine Mehrheitsbeteiligung des Partners, sogar bis zu 100%, möglich ist.

Der Vizeminister der Branche, Eduardo Rodríguez de la Vega, sagte sogar voraus, es sei nicht auszuschließen, daß in Zukunft öffentliche Unternehmen geschaffen werden, die an bestimmten Börsen notieren und handeln werden.

Diesbezüglich gab er bekannt, daß man bei einigen Hotels, die in dem bekannten Badeort Varadero und auf der Insel Cayo Coco gebaut werden, einem kleinen sehr ausgesuchten Kreis von Investoren die Möglichkeit geboten habe, Aktien mit einem Mindestwert von einer Million Dollar zu erwerben, mit dem Interesse, einen ersten privaten Investitionsfonds für den Tourismus zu schaffen.

Offiziellen Schätzungen zufolge beläuft sich das Potential Kubas auf 150.000 Hotelzimmer. 85% davon (etwa 126.000) befinden sich in acht Regionen mit insgesamt 54 Tourismuszentren. Dort sind bereits jetzt 90% der gegenwärtig zur Verfügung stehenden 23.555 Zimmer konzentriert. Dazu gehören auch 256 km Strand.

Diese Regionen sind Havanna, Varadero, der Norden von Ciego de Avila, Camagüey und Holguín, der Süden der östlichen Provinzen, der Archipel der Canarros und die Südküste der Kolonialstadt Trinidad.

An der Schwelle zum Jahr 2000 hat sich Kuba vorgenommen, die Zahl der Hotelbetten auf 49.556 zu erhöhen, mehr als die Hälfte davon (32.162) sollen in Strandregionen liegen und weitere 10.704 in städtischen Bereichen.

Eine Entwicklung in dieser Größenordnung würde wirtschaftliche Einnahmen in Höhe von 3,12 Mrd. Dollar ermöglichen, da mit Beginn des neuen Jahrtausends 2.551.000 Touristen hier eintreffen werden, die im Durchschnitt 7,6 Tage in Kuba verweilen.

Um jedoch solche Perspektiven zu verwirklichen, benötigt man - nach den Schätzungen des Ministeriums für Tourismus - Kapital in Höhe von rund 2,4 Mrd. Peso, ungefähr die Hälfte der Summe in frei konvertierbarer Währung.

Zu diesem Zweck führte das Ministerium für Tourismus seit Beginn des letzten Quartals dieses Jahres etwa 200 Verhandlungen mit möglichen Partnern aus 28 Ländern, die in der Mehrzahl aus Italien (45), Spanien (36), Kanada (31) und Frankreich (24) kamen.

Auf der Liste der Länder, die daran interessiert sind, im kubanischen Tourismus zu investieren, befinden sich folgende Länder: die BRD (11 Transaktionen), Argentinien (6), Österreich (1), Brasilien (1), die Britischen Jungferninseln (2), Chile (1), Costa Rica (1), die Dominikanische Republik (4), Ägypten (1), Holland (6), Indonesien (2), Großbritannien (8), Israel (2), Japan (1), Mexiko (4), Panama (1), Rußland (1), die Schweiz (1) und Venezuela (1).

Gran Caribe ist die Hotelgruppe, die z.Zt. die meisten der Verhandlungen (92) über Einrichtungen der 4- und 5-Sterne-Kategorie führt. Diese Hotelgruppe hat soeben mit der europäischen Gesellschaft ACCOR-AMORIM einen Vertrag über die Bewirtschaftung und Vermarktung der Hotels Sevilla (Havanna) und Cuatro Palmas (Varadero) unterzeichnet.

Das Geschäft beinhaltet außerdem die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens, das in den nächsten fünf Jahren 1.300 Zimmer auf der Insel Cayo Coco errichten soll.



## IN WENIGEN STUNDEN VON KUBA IN DIE GANZE WELT

Senden oder erhalten Sie in kürzester Zeit Briefe, Urkunden, Dokumente, Zeitschriften, Verkaufsmuster und andere Materialien.

Aus aller Welt nach Kuba - aus Kuba in alle Welt  
Nur D H L

- Habana, Ave. 1ra y 42, Miramar T-331578 33-1876
- Varadero, Ave. 1ra y 64 T-62103

# DHL

WORLDWIDE EXPRESS

...Wir kommen früher an als andere!

# Verstärkte Solidarität gegen die Blockade

## • Unterstützung aus verschiedenen Ländern

MARELYS VALENCIA ALMEIDA  
- Granma Internacional

• DER Auswärtige Ausschuß des italienischen Parlaments verabschiedete am 17. Oktober einen Beschluß, der die italienische Regierung aufforderte, in der nächsten UNO-Vollversammlung für die Aufhebung der Blockade zu stimmen, und der darüber hinaus von ihr verlangt, einen konstruktiven Dialog zwischen der Europäischen Union und Kuba anzuregen sowie ein langfristiges Wirtschaftsabkommen mit Kuba zu vereinbaren.

Der Beschluß wurde von der sozialistischen Partei PDS, der Refundación Comunista (der neugegründeten Kommunistischen Partei), der Föderativen Fortschrittspartei, der Forza Italia und der Liga Norte sowie einer Gruppierung unterzeichnet, die sich aus Vertretern verschiedener Parteien zusammensetzt.

Einige Tage zuvor hatten sich in der italienischen Hauptstadt 20.000 Menschen vor dem Römischen Kolosseum versammelt, um an einer Demonstration gegen die Blockadepolitik und zum Gedenken an Che Guevara teilzunehmen, deren Abschlußkundgebung auf dem Platz der Heiligen Apostel stattfand.

Fausto Bertinotti, Generalsekretär der Refundación Comunista verurteilte die US-Politik gegenüber Kuba und erklärte, daß die Welt tief in der Schuld von Che Guevara, Fidel Castro und Camilo Cienfuegos stehe. Der Grundgedanke in den Beiträgen aller Redner, unter ihnen der Vorsitzende der Freundschaftsgesellschaft Italien-Kuba, war die Forderung nach der Aufhebung der Blockade. Der Bürgermeister von Palermo, Leo Luca Orlando, reiste mit einer eigenen Delegation nach Rom, um seine Solidarität mit Kuba zum Ausdruck zu bringen.

Auf der Kundgebung waren auch der in Italien akkreditierte kubani-

sche Botschafter Mario Rodríguez, dessen Worte viel Beifall fanden, und Aleida Guevara, die Tochter Che Guevaras, anwesend.

In Odessa, in der Ukraine, fand ebenfalls ein internationales Kuba-Solidaritätstreffen statt, und im vergangenen Oktober wurden zwei Solidaritätstreffen auf nationaler Ebene in Spanien und in der Dominikanischen Republik veranstaltet.

In der Abschlusserklärung des Treffens in Spanien wurde die Unterstützung der Unabhängigkeit und das Recht Kubas auf Freiheit betont. In diesem Sinne wurde eine Botschaft verabschiedet, die vom Generalsekretär der UNO, den Staats- und Regierungschefs, den Parlamenten und der Öffentlichen Meinung aller Länder, vor allem aber von den USA fordert, die Politik des Kalten Krieges einzustellen, die gegenüber Kuba in Form der Blockade verfolgt wird.

In der Dominikanischen Republik, in der ein nationales Kuba-Solidaritätstreffen stattfand, verurteilten rund 200 Menschen den antikubanischen Gesetzentwurf von Helms-Burton, weil er eine "Verletzung der Menschenrechte von mehr als 11 Millionen Kubanern und einen Eingriff in die Souveränität aller Länder der Welt darstellt", die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit Kuba unterhalten.

Im Großen Hörsaal der Fakultät für Rechtswissenschaften und Politik der Freien Universität von Santo Domingo wurde das Treffen mit einer Gedenkveranstaltung zum 28. Todestag von Che Guevara eröffnet, bei dem der Dekan der Fakultät, Dr. Salvador Ramos; der ehemalige Abgeordnete Juan Ducoudray, der Präsident der Dominikanischen Freundschaftsgesellschaft, Dr. Abelardo Vicioso, sowie Vertreter anderer Solidaritätsorganisationen anwesend waren.

Während des Treffens dankte Carlos Marcial im Namen des Kubanischen Instituts für Völker-

freundschaft (ICAP) für die wiederholten Freundschaftsbeweise der Vertreter der Dominikanischen Republik. Auf die Eröffnungsveranstaltung folgten Diskussionen über die Arbeit, die im Rahmen der Solidaritätskampagne seit dem ersten Treffen im vergangenen Jahr geleistet wurde, sowie über die Vorschläge für die zukünftige Arbeit.

Parallel zu dem Treffen in Spanien, an dem 64 Delegationen von verschiedenen Freundschaftsgesellschaften und Solidaritätsbewegungen teilnahmen, fanden Kulturveranstaltungen statt, darunter eine Gedenkfeier zu Ehren José Martí und Ernesto Che Guevaras, eine Kundgebung vor dem kubanischen Konsulat in Barcelona, bei dem der bekannte katalanische Intellektuelle Felipe Arambure das Wort ergriff, sowie eine Festveranstaltung in der Gemeinde Martorelles.

Zu den Vereinbarungen des Treffens in Spanien gehört die Organisation einer landesweiten Kampagne im kommenden Jahr, die auch eine Massendemonstration in Madrid vorsieht.

In der Abschlusserklärung brachten die Teilnehmer ihren Willen zum Ausdruck, die Solidarität mit der kubanischen Revolution und die Zurückweisung der US-Blockade unbedingt zu verstärken.

Durch die Straßen im Zentrum der britischen Hauptstadt führte eine weitere Demonstration zur Unterstützung Kubas, an der sich mehr als 2.000 Menschen beteiligten, die einem Aufruf der Cuban Solidarity Campaign gefolgt waren.

Die Abgeordneten der Labour Party, George Gallaway und Diane Abbot, die Vorsitzenden der UNISON und der britischen Bergarbeitergewerkschaft, sowie Christine Oddy, Mitglied der Labour Party und Abgeordnete des Europaparlaments, führten die Kundgebung an, die die US-Blockade gegen Kuba verurteilte.

## SPENDE FÜR DIE AUSRÜSTUNG DER ZIVILEN LUFTFAHRT

Auf mehr als 2 Mio. Dollar wird der Wert der Geräte geschätzt, die Kuba von der spanischen Regierung zur Ausrüstung der zivilen Luftfahrt gespendet wurden.

Die Übergabe erfolgte auf dem internationalen Flughafen von Havanna im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung unter der Teilnahme des in Kuba akkreditierten spanischen Botschafters Eudaldo Mirapeix und des Präsidenten des Instituts der Zivilen Kubanischen Luftfahrt, Divisionsgeneral Rogelio Acevedo.

Die Hilfssendung besteht u.a. aus Fahrzeugen, Kommunikationsanlagen, Büromaterial, Lichtanlagen für Rollbahnen, Feuerlösch- und Navigationsgeräten für die Luftfahrt. Die Spende ist Teil der Vereinbarungen der Spanisch-Kubanischen Kommission für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und entspricht dem Abkommen, das zwischen der Spanischen Agentur für internationale Zusammenarbeit und der Vereinigung der Spanischen Flughäfen und der Spanischen Luftfahrt (AENA) geschlossen wurde, und das Ausbildung und technische Beratung umfaßt.

Der Präsident der AENA, Manuel Abejón, erklärte vor den Mitarbeitern der kubanischen Luftfahrt in Havanna, daß es sich hierbei um eine Geste Spaniens zur Unterstützung der Freiheit und der Unabhängigkeit des kubanischen Volkes und damit um eine Möglichkeit handle, dem Druck zu begegnen, der auf Kuba ausgeübt werde, woher auch immer er kommen möge.

Auch aus dem Baskenland kam eine materielle Hilfssendung für Kuba, die von Jaime Azcona, der Kuba seit 1992 besucht, organisiert wurde. Mehr als 700 kg Medikamente, Schulmaterial und andere Artikel wurden im Laufe von 3 Jahren von Azcona nach Kuba geschickt. Wie er Granma Internacional gegenüber erklärte, stellt er diese Hilfssendungen mit der breiten Unterstützung seiner Freunde im ganzen Land zusammen.

Mehreren kubanischen Einrichtungen sind diese Spenden bereits zugute gekommen, so z. B. der Universität von Havanna und den Krankenhäusern "Miguel Enríquez" und "Calixto García".

## KUBANISCHE DELEGATION IN ESSLINGEN

### Praktische Solidarität und wichtige Kontakte

• Der zweiwöchige Besuch von Giraldo Hoyos Sosa, Leiter der Provinzverwaltung von Matanzas, und Jesús Rodríguez Galván, Vertreter der Gemeinde Martí, sei ein wichtiger Beitrag zur Korrektur des von den deutschen Medien meist negativ gezeichneten Kubabildes gewesen, erklärten Vertreter des Neckar-Fils-Kreises der Deutschen Kommunistischen Partei.

Im Rahmen eines umfangreichen Programms, das teilweise in Zusammenarbeit mit der Esslinger Gruppe der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba gestaltet worden war,

hatten die Gäste aus Kuba Gelegenheit zu Betriebsbesichtigungen und Gesprächen bei den Firmen Mercedes-Benz in Sindelfingen, Durodont in Eisingen, der Salacher Computerfirma Schmidt und Partner und weiteren Betrieben. Gelegenheit zum Meinungsaustausch boten sich auch bei Zusammentreffen mit den Kreisvorständen des DGB in Karlsruhe und Esslingen, mit der "Gesellschaft für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit" (GWZ), der Leitung der "Stiftung Wirtschafts-Zusammenarbeit Baden-Württemberg" in Stuttgart, beim Empfang des Esslinger Landrats Dr. Braun und

der Beratung mit einem Vertreter der dortigen Industrie- und Handelskammer.

Zum Abschluß ihrer Reise wurde den beiden Gästen von der DKP-Gliederung eine Spende in Höhe von 3.670 US-Dollar für medizinische und kulturelle Zwecke überreicht, mit der die solidarische Unterstützung durch diese Parteigliederung auf mittlerweile über 50.000 DM angewachsen ist. Im April des nächsten Jahres erwartet die Provinz Matanzas den Gegenbesuch der Freunde aus dem Neckar-Fils-Kreis.



Kuba nahm nicht am Festival "Les Allumées" in Nantes teil

# Wer trübt die kulturellen Beziehungen?

PEDRO DE LA HOZ - Granma

• SEIT fünf Jahren organisiert das französische Städtchen Nantes jeden Oktober das Festival "Les Allumées", das jeweils einer Stadt auf der Welt gewidmet ist. 1995, vom 16. bis 21. Oktober, war es Havanna zugeordnet. Rund 300 bildende Künstler, Tänzer, Musiker und Persönlichkeiten aus dem Kulturleben der Insel sollten daran teilnehmen. Es war anzunehmen, daß es genügend Spielraum für einen intensiven Kontakt mit den Einwohnern dieser Stadt geben würde. Es sollte die magische Ausstrahlung des kubanischen Kunstschaffens unter Beweis gestellt und jeder Winkel von Nantes mit der Ausgelassenheit der karibischen Rhythmen und Farben erfüllt werden.

Doch das war nicht möglich. Manipulationen der Veranstalter des Festivals verhinderten dies. Indem sie sich über die vertraglichen und moralischen Verpflichtungen hinwegsetzten, wollten sie in eine im Programm vorgesehene Veranstaltung - Café Hemingway -, mit der der Verbindung des US-amerikanischen Schriftstellers mit dem kubanischen Leben gedacht werden sollte, kopierrevolutionäre Elemente einbeziehen, die sich vom Ausland her an systematischen Verleumdungskampagnen gegen unser Land beteiligten.

Außerdem sollten mit Unterstützung der Zeitung Le Monde und der Publikation Telerama Rundtischgespräche veranstaltet werden, in de-

nen man angeblich die kubanische Realität erörtern wollte. Allerdings mit der eindeutigen Absicht, den rein künstlerischen Gedanken des Festivals zu torpedieren und ein propagandistisches Spektakel zu veranstalten. Selbstverständlich sollten dort auch Vertreter der antikubanischen Kampagnen anwesend sein.

Die französischen Veranstalter brachen einseitig die Vereinbarungen des am 25. Mai des laufenden Jahres mit den kubanischen Kulturbehörden unterzeichneten Vertrages, die den Inhalt und die Teilnehmer des Festivals klar festlegten. Das Dokument sagt eindeutig aus, daß letztere (die Teilnehmer) von kubanischen Einrichtungen vertreten werden und die Darbietungen rein kulturelle Absichten verfolgen. Das Übergehen der grundlegendsten moralischen Prinzipien kommt in der Geheimhaltung der Namenslisten der geladenen Gäste zum Ausdruck, die von der ursprünglichen Planung abweichen, und in der Änderung des Programmcharakters. Erst vor wenigen Wochen erfuhr das Kultusministerium - und das nicht etwa über eine offizielle Mitteilung der französischen Veranstalter - von dem Ansturm der besagten Elemente und von der geplanten Änderung der Veranstaltungen, in denen nicht mehr die Kunst im Vordergrund stehen sollte, sondern eine sorgfältig vorbereitete politische Stoßrichtung.

Angesichts dieser Situation entsandte das Ministerium den Vizeminister für Kultur, Carlos Martí Brenes, nach Nantes, um an Geist und Buchstaben der in Havanna unterzeichneten Vereinbarung zu erinnern und zu fordern, daß diese Abmachungen respektiert werden. Diese Anstrengungen waren jedoch, obwohl sie auf das verspätete Verständnis des Bürgermeisters von Nantes stießen, zwecklos: Die Organisatoren, die mit ihren Machenschaften bereits Verpflichtungen eingegangen waren, bestanden darauf, den Festivalrahmen zu sprengen und in einer boshafte Form zu politisieren, was dem ehrlichsten Austausch dienen sollte.

Mit der Übergabe des Festivals "Les Allumées" an die Konterrevolution verhinderten die Veranstalter in Nantes die künstlerische Präsenz Kubas zum Schaden der Bewohner dieser Stadt am Atlantik, denn es bestand unsererseits der feste Wille, das Beste der kubanischen Kunst darzubieten.

Ist es Ignoranz, Arroganz oder böser Wille der Veranstalter in Nantes? Alles ist möglich. Fest steht, daß es unannehmbar ist, ein rein kulturelles Vorhaben zum Anlaß zu nehmen, um sich in Angelegenheiten zu mischen, die mit dem Wesen dieses Vorhabens nichts zu tun haben.

Die kubanischen Künstler und Intellektuellen leben nicht von der Außenwelt abgeschnitten. Aus geistiger Tradition heraus akzeptieren

sie einen grenzenlosen Dialog mit Kollegen und dem Publikum in allen geographischen Breiten und beteiligen sich in offener, respektvoller, toleranter und zivilisierter Form an ihm. Darin sind natürlich auch solche Dialoge mit ihren im Ausland lebenden Landsleuten inbegriffen, vor denen viele weder ihre politischen noch ihre philosophischen Auffassungen teilen. Der Punkt, an dem man sich traf, war immer das Gefühl, einer gemeinsamen Kultur anzugehören und der Wille konstruktiv zu wirken. Was die Organisatoren in Nantes vorhatten, lief genau auf das Gegenteil hinaus.

Es handelt sich hierbei um eine Episode, die nichts mit der Vorgeschichte und den hervorragenden kulturellen Beziehungen zwischen Frankreich und Kuba zu tun hat, in deren Rahmen sowohl auf institutioneller Ebene als auch in bilateralen Kontakten zwischen den intellektuellen und künstlerischen Kreisen beider Länder dauerhafte Bande geknüpft wurden.

Erst dieser Tage war eine kubanische Künstlergruppe als Hauptattraktion der Veranstaltung Karibik 2000 in Paris. Und das Publikum von Havanna hat den jüngsten Besuch des Theaterensembles von Philippe Genty noch frisch in der Erinnerung. Die französische Sprache findet durch das gemeinsame Wirken der Französischen Allianz und des kubanischen Bildungsministeriums immer mehr Zuspruch auf der Insel. Dutzende Musiker aus Kuba haben sich den Club New Morning und andere Schauplätze der französischen Hauptstadt erobert.

Diejenigen, die aus persönlichen und undurchsichtigen Gründen versuchen, derart ausgezeichnete Beziehungen zu trüben, sind zum Scheitern verurteilt.

## PREISE IN BIARRITZ

• Der Film Madagascar des Regisseurs Fernando Pérez gewann den Großen Preis beim Festival des Films und der Kultur Lateinamerikas in Biarritz, und Zaida Castellanos, die Hauptdarstellerin dieses Films, bekam den Preis für die beste schauspielerische Leistung. Der Film Guantanamera, von Tomás Gutiérrez Alea und Juan Carlos Tabío, wurde mit dem Publikumspreis ausgezeichnet.

## SILBER FÜR DAS BALLETT

• Die jungen Tänzer des Kubanischen Nationalballetts, Lorna Feijóo und Rafael Rivero, erhielten beim 7. Internationalen Ballettwettbewerb "Nasako Ohya", in Osaka, Japan, die Silbermedaille. Der Jury, unter dem Vorsitz des Russen Wjatscheslaw Gordjefew, gehörten neben anderen Persönlichkeiten auch die Prima Ballerina Raisa Strutschkova und der kubanische Choreograph Iván Tenorio an.

## SILVIO'S PUBLIKUM

• Die Konzertvorstellungen des Komponisten und Sängers Silvio Rodríguez im Operntheater von Buenos Aires wurden von der Zeitung Clarín als "gefühlvoller Marathon guter Poesie" bezeichnet. Die Zeitung berichtete, daß

## KUBANISCHE KUNST IN DER WELT

das Publikum "jedes einzelne seiner Lieder genau kennt und mit beeindruckender Anteilnahme Wort für Wort mitsingt".

## LYRIK AUS SANTIAGO

• *Los caminos del hombre* (Die Wege des Menschen) und *Esperanza y humo* (Hoffnung und Rauch) lauten die Titel der Lyrikbände der Schriftsteller Eduardo Montalbán und Juanita Plochét aus Santiago de Cuba, die bei dem Wettbewerb "Afranío Parras Guzmán" in Cartagena de Indias, Kolumbien, ausgezeichnet wurden. Sie werden demnächst bei Afranio Editores verlegt.

## ERGREIFENDES KLAVIERSPIEL

• Der Präsident von Costa Rica, José María Figueres, bezeichnete das Konzert des Pianisten Victor Rodríguez im Nationaltheater von San José als ein nicht zu beschreibendes und unvergessliches Ereignis. Der Minister für Kultur, Jugend und Sport von Costa Rica, Arnoldo Mora, der das Konzert im Nationalen Kultur-

zentrum erlebte, bezeichnete sein Klavierspiel als majestätisch und ergreifend.

## ALICIA IM RAT FÜR KULTUR IN MADRID

• Die unumschränkte *prima bailerina* Alicia Alonso wurde gemeinsam mit dem Dramaturgen Juan José Alonso, dem Theaterdirektor und Schauspieler José Luis Gómez und dem Schriftsteller Camilo José Cela zum Mitglied des Rates für Kultur der Stadt Madrid ernannt.

## DIE ZEREMONIE DES TANZES

• Experten aus Lissabon lobten das Ensemble "Teatro de la Danza del Caribe" (Theater des karibischen Tanzes), das vom Maestro Eduardo Rivero geleitet wird. Die Gruppe nahm mit solchen Klassikern wie "Súlkary", "Okantomi" und der "Zeremonie des Tanzes" an der Kubanischen Woche in Portugal teil, die von der Stiftung "Das Descobertas" und dem Kulturzentrum von Belem gefördert wird.

## ABKOMMEN MIT INDIEN

• Die jeweiligen stellvertretenden Außenminister von Kuba und Indien, Isabel Allende und Vinod K. Grover, unterzeichneten ein Abkommen über den Austausch auf den Gebieten Kultur und Bildung bis zum Jahr 1997.



## Ein weiterer Schlag gegen die Blockade

• **Havanna-Messe im Aufschwung • Für den Markt von elf Millionen Menschen und (noch) geringem Wettbewerb werden auch große Entfernungen überwunden**

JOAQUIN ORAMAS  
- Granma Internacional  
Fotos: AHMED VELAZQUEZ

• **TATSÄCHLICH** ist es keine Übertreibung, wenn behauptet wird, daß auf der 13. Internationalen Messe in Havanna, die vom 29. Oktober bis zum 5. November stattfand, die Interessen von über einer Million Handelsunternehmen vertreten waren.

Wie Stephane Witowski, Sekretär der Lateinamerikaabteilung des französischen Unternehmerverbandes, erläutert, umfaßt allein sein Verband eine derart große Anzahl von Mitgliedern aus allen Bereichen der Produktion, des Dienstleistungssektors und des Handels im allgemeinen. "Und wenn wir auf einer Messe Kontakte knüpfen und über Geschäfte reden, denken wir dabei nicht nur an die auf der Ausstellung vertretenen Unternehmen (1.379), sondern an alle unsere Mitglieder, einschließlich derjenigen, die über Kuba sehr wenig wissen", erläutert er.

In Übereinstimmung mit den Vor-

schlägen des Unternehmerverbandes knüpften einige französische Unternehmen Geschäftsbeziehungen mit kubanischen Firmen der Zuckerindustrie, des Tourismus und dem Maschinenbau an. Die Firma Mouline Dumee unterzeichnete auf der Messe einen Vertrag mit der Unión Molinera y Confitera über die Herstellung von französischem Brot, Hörnchen und Feingebäck, der die Anwendung modernster Technologien vorsieht. Der französische Club Méditerranée wird demnächst ein exklusives Hotel am Strand von Varadero für den gehobenen europäischen Tourismus eröffnen.

Außerdem wird sich der Unternehmerverband für 1996 um eine zehnprozentige Aufstockung des Kuba von Frankreich gewährten Kreditrahmens bemühen, der derzeit bei 140 Millionen Dollar liegt.

Das durch die Anwesenheit auf der Messe bekundete europäische Interesse erstreckt sich auch auf andere Gruppen und Gesellschaften des Alten Kontinentes. CARI-

TAG, die Caribbean Trade Advisory Group, treibende Kraft im Wettstreit um den Ausbau der geschäftlichen Beziehungen zwischen Großbritannien und Kuba, wird ihre Aktivitäten auf der größten Antilleninsel verstärken. Mit diesem Ziel wird sie eine Delegation von Geschäftsleuten leiten, die demnächst Havanna besuchen werden. Außerdem betreibt die Gruppe TDI, mit Sitz in Dublin, Irland, einen wichtigen Technologieaustausch mit der kubanischen Zuckerindustrie und anderen Branchen, mit dem Ziel, die Handelsmöglichkeiten ihrer mehr als 5.000 Mitglieder zu erweitern.

Auch der Ibero-Amerika-Verein aus Hamburg bemüht sich, wie der Stellvertretende Direktor der einflußreichen deutschen Vereinigung, Peter Rosler, bekannt gab, im Interesse seiner Mitglieder, unter ihnen Industrielle, Finanzgesellschaften, Banken und Handelshäuser, um den Ausbau der Handelsbeziehungen mit Kuba.

Die jüngste Verabschiedung des Gesetzes über ausländische Investitionen durch das kubanische Parlament stellt für bedeutende europäische Unternehmen und Gesellschaften, die sich dem Druck der USA nicht beugen und ihre Unabhängigkeit in der Gestaltung ihrer Handels- und Geschäftsbeziehungen bewahren, einen zusätzlichen Anreiz dar. So belegte, neben anderen Firmen, die bedeutende Voest Alpine AG, deren Unternehmen die Edelstahlproduktion auf modernstem technologischen Niveau, chemische Anlagen und Produktionsanlagen für die Nahrungsmittelindustrie einschließen, zusammen mit der österreichischen Wirtschaftskammer eine Ausstellungsfläche auf der Messe, und demonstriert damit ihre Bereitschaft Wirtschaftsvereinigungen mit kubanischen Geschäftspartnern zu bilden und Kompensationsgeschäfte einzugehen. Die portugiesische ARTAME AG, eines der führenden Unternehmen der iberischen Halbinsel, bot mehr als eintausend Erzeugnisse an, während der Internationale Verband der Schwedischen Industrie den Markt auf der Insel untersuchte, um sich einen entsprechenden Anteil zu sichern, wie Klas Ljungberg, der Leiter der Abteilung für Marktforschung, meinte.

Aus Belgien reiste Pierre Reanois an, um die Beziehungen zu Havanna auszubauen. Er teilte mit, daß es in Bezug auf die Zusammenarbeit zwischen dem belgischen Un-

ternehmen Thermibal und der kubanischen Unión Eléctrica zur Produktion von Bauteilen zur elektrischen Messung bereits erfreuliche Fortschritte gebe. Es ist beabsichtigt, eine Produktionsanlage für Thermoelemente aufzubauen. Der Lateinamerikanische Geschäftsverband und die Vereinigung Dänischer Unternehmer unterstützten die Anwesenheit Dänemarks auf dieser Messe. Zu den Erfolgen dieser Veranstaltung können die Gespräche gezählt werden, die die Danrail Consulting zur Verbesserung der Ausrüstung des kubanischen Schienenverkehrs begonnen hat.

Die Absichten der Verhandlungen, die der Griechische Industrieverband im Namen seiner über 4.000 Mitglieder in Gang gesetzt hat, richten sich darauf, die geographische Lage der Insel zu nutzen, um den Handel in der Karibik und in Lateinamerika auszubauen.

Ähnliche Wege gehen seit Jahren die Handelskammer in Amsterdam, bei der über 70.000 Unternehmen registriert sind, die Kammer für Handel, Industrie und Schifffahrt in Spanien und die Außenhandelsvereinigung von Italien, eine Trilogie kubanischer Handelspartner.

Die Präsenz der Länder Lateinamerikas und der Karibik war bedeutend, wenn man bedenkt, daß mehr als 40 Prozent des kubanischen Außenhandels mit dieser Region abgewickelt werden. Auch die Anzahl russischer Firmen und Unternehmen aus anderen osteuropäischen Ländern sowie aus Afrika, Asien und Ozeanien ist gestiegen. All dies verlieh der Messe internationale Bedeutung, denn das Interesse, das die wirtschaftliche Öffnung und die Verabschiedung entsprechender Gesetze weckt, macht Kuba zu einem für Geschäfte attraktiven Land. Erst kürzlich bemerkte ein europäischer Aussteller: "Es handelt sich um ein Land mit elf Millionen Einwohnern, in dem der Wettbewerb noch gering entwickelt ist, sich aber allmählich in dem Maße verstärken wird, wie sich die Hersteller hochwertiger Produkte dort niederlassen."



# Positive Tendenz in der kubanischen Wirtschaft

• The Economist veranstaltet zum dritten Mal Runden Tisch zu Fragen der kubanischen Ökonomie • Carlos Lage informiert über neues Investitionsgesetz

• ZWEI Tage lang wurden die von der Zeitschrift The Economist eingeladenen Geschäftsleute in Havanna über das kürzlich vom kubanischen Parlament beschlossene neue Gesetz über ausländische Investitionen sowie über die Fortschritte der Wirtschaft auf der Insel informiert.

Sie wurden auch über die Schwierigkeiten in Kenntnis gesetzt, mit denen das Land aufgrund der US-amerikanischen Blockade konfrontiert wird, und über die Absichten der Extremisten im Kongreß in Washington, diese verbrecherische Maßnahme, die sie seit mehr als 30 Jahren gegen Kuba zum Einsatz bringen, noch zu verschärfen.

Die offizielle Unterstützung des Reformprozesses in Kuba durch Regierungen aus Europa, Lateinamerika und Kanada sei bestimmter geworden und daher haben sich bessere Handelsmöglichkeiten ergeben, wurde in den Einladungen hervorgehoben, die The Economist in Unternehmerkreisen verbreitete.

Von großem Interesse war der Vortrag von Francisco Soberón, dem Präsidenten der Nationalbank Kubas. Er ging darin auf die neuen Formen ein, die das Land im Finanzwesen erprobt. Er äußerte, daß die Umgestaltung der kubanischen Wirtschaft und die Entwicklung der internationalen Finanzlage die Insel vor die Notwendigkeit stellen würden, ihr Bankensystem umzugestalten.

Der Außenhandel und die Dezentralisierung der wirtschaftlichen Aktivitäten im Zusammenspiel mit dem Ausbau selbständiger Tätigkeit habe eine höhere Nachfrage nach Dienstleistungen geschaffen, als gegenwärtig befriedigt werden könne, fügte er hinzu.

Dem Bericht zufolge, der vor etwa 240 Managern und Unternehmern aus 24 Ländern, die an der Veranstaltung teilnahmen, gehalten wurde, beinhaltet der Vorschlag zur Umstrukturierung des nationalen Bankensystems Veränderungen in den Aufgaben der Nationalbank Kubas, eine restriktivere Politik der Kreditvergabe im Inland, die Reduzierung des Steuerdefizits und die Schaffung neuer Körperschaften, teilte die Nachrichtenagentur Prensa Latina mit.

Bei der Eröffnung des dritten, von der angesehenen Zeitschrift in Havanna veranstalteten Runden Tisches mit der kubanischen Regierung, erklärte Vizepräsident



Carlos Lage, daß sich in den ersten neun Monaten des Jahres die positive Tendenz in der kubanischen Wirtschaft weiter bestätigt habe.

Er gab bekannt, daß das Brutto-sozialprodukt um 2,3% gestiegen sei und es zum ersten Mal seit sechs Jahren auch pro Kopf steige. Möglich wurde dies durch einen Zuwachs von 10,1% im Herstellungsgewerbe - unter anderem bei Nahrungsmitteln, Düngemitteln, Reifen, Industriegasen sowie Maschinen und Anlagen für die Zuckerindustrie -, einen Zuwachs von 24,2% in der Gemüseproduktion, von 14% im Fischfang, von 80,2% in der Gewinnung von Nickel und anderen Mineralerzen, von 22,2% in der Erdölförderung und von 16% im Einzelhandel gegen Devisen.

Lage, der gleichzeitig Sekretär des Ministerrates und seines Exekutivkomitees ist, fügte hinzu, daß diese Ergebnisse in gewissem Maße einen Ausgleich zum Rückgang der Zuckerproduktion bilden und daß die übrige Wirtschaft, wenn man die Zuckerproduktion ausnimmt, Steigerungen um 7% zu verzeichnen habe. Das sei ein Zeichen dafür, daß sich die von Partei und Regierung in den letzten Jahren ergriffenen Maßnahmen auszuzahlen beginnen. "Und vor allem verdeutlicht dies, daß unser Volk fähig war, standzuhalten. Mehr als einmal im Verlauf der *Período Especial* sagte Fidel zu uns: 'Das Wichtigste ist, standzuhalten. Wenn wir standhalten, dann siegen wir auch.'"

Er wiederholte, daß die in Kuba

stattfindenden Veränderungen keinen Übergang darstellten, sondern eine Anpassung unseres sozialistischen Systems an eine neue Realität. Und diese Veränderungen seien tiefgreifend und umfassend gewesen. Im Anschluß daran zählte er sie detailliert auf und bewertete den jeweiligen Stand ihrer Entwicklung.

Er gab auch bekannt, daß das Defizit des Staatshaushaltes, das 1993 33% des Brutto-sozialproduktes ausgemacht hatte, 1994 nur noch 7,4% betrug und daß man angesichts der bis September des laufenden Jahres erreichten Ergebnisse damit rechne, das Jahr 1995 mit einem Defizit von weniger als 6% abzuschließen. Währenddessen sank die Geldmenge in den Händen der Bevölkerung im Vergleich zum Mai 1994 - dem Zeitpunkt der größten Anhäufung - um 22%, was einer Reduzierung um 2,67 Mrd. Peso entspricht.

In seinem Redebeitrag sprach Lage gleichfalls Aspekte des Gesetzes über ausländische Investitionen an, das im vergangenen September vom Parlament beschlossen worden war, und informierte über ergänzende Gesetzesvorhaben und andere Aufgaben, an denen noch gearbeitet werde, um die ergriffenen Maßnahmen zu vervollkommen.

"Anfang der 90er Jahre hätte der von der Revolution eingeschlagene Weg ein anderer sein können. Oder der Rhythmus der Veränderungen hätte ein anderer sein können. Eines aber kann sicher behauptet werden: Kein einziger Kubaner wurde seinem Schicksal überlassen, und kein einziges Mitglied der Staatsführung hat sich in diesen fünf Jahren bereichert. Es ist uns gelungen, die Errungenschaften, die Moral und das Gedankengut des Sozialismus zu bewahren.

Andere Länder, die sich vom Sozialismus abgewandt haben und die sich nun auf dem Weg eines noch dazu beschleunigten Übergangs zur Marktwirtschaft befinden, haben es bisher nicht einmal geschafft, eine Trendwende ihrer Situation einzuleiten, obwohl sie sehr viel mehr natürliche Ressourcen besitzen, keine Blockade kennen, ausreichende Kredite erhalten und mit der Unterstützung des Internationalen Währungsfonds sowie der Weltbank rechnen können. Diese Tatsache sollte uns allen zu denken geben", betonte er.

## Neue Investitionen von Sherritt Incorporated

• DIE Ankündigung des kanadischen Unternehmens Sherritt Incorporated, weitere 500 Mio. Dollar in Kuba investieren zu wollen, sorgte für positive Stimmung unter den Unternehmen, die auf der 13. Internationalen Messe in Havanna vertreten waren und für jene, die am dritten Runden Tisch über die kubanische Wirtschaft teilnahmen, zu dem die britische Zeitschrift The Economist eingeladen hatte.

Als ein Beweis des Vertrauens in die Zukunft der größten der Antilleninseln, brachten Führungskräfte des kanadischen Unternehmens ihr Vorhaben zum Ausdruck, Investitionen in der Zuckerindustrie, im Post- und Fernmeldewesen und auf dem Immobilienmarkt zu tätigen. Diese Bereiche stehen im Rahmen der umfassenden Wirtschaftspolitik, die die kubanische Regierung vorantreibt, der ausländischen Beteiligung ebenfalls offen.

Sherritt ist auf der Insel an Investitionen in den Abbau von Nickel und Kobalt beteiligt, und zwar in einem Gemeinschaftsunternehmen mit der General-Nickel-Union S.A., die die Nickelaufbereitungsanlage in Moa betreibt. Dort wird eine fortschrittliche Technologie eingesetzt, bei der mit Schwefelsäure mittels Auslaugung unter Druck ein Nickel-Kobalt-Konzentrat gewonnen wird.

Zu den Aktiva des gemeinsamen Besitzes des Unternehmens gehört die Raffinerie von Fort Saskatchewan, in Alberta, die für die Raffination des Konzentrats zuständig ist und zugunsten der kubanischen Seite die Trennung und Metallisierung des begehrten Minerals übernimmt.

Nach neuesten Informationen betragen die bisher in Kuba getätigten ausländischen Investitionen 2,1 Mrd. Dollar.



Die Delegationsleiter stellten sich geschlossen hinter die Forderung nach Erweiterung des Weltsicherheitsrates

**W**ENIGE Tage nachdem die in Bariloche, Argentinien, versammelten Staats- und Regierungschefs zum ersten Mal in fünf Jahren mit aller Entschiedenheit eine Deklaration gegen die Blockade veröffentlicht hatten, folgten die Vertreter der 114 Nationen der Nichtpaktgebundenen Staaten (NOAL) diesem Schritt in Cartagena de Indias und nahmen die Forderungen über die Aufhebung der Sanktionen gegen Kuba und die Verurteilung der Maßnahmen des US-Kongresses zur Verschärfung der Blockade in die Abschlusserklärung der 11. Konferenz der Nichtpaktgebundenen Staaten auf.

Der am letzten Sitzungstag der Versammlung angenommene Passus des hundert Seiten starken Dokuments umfaßt nicht nur einen Appell an Washington, die wirtschaftlichen, handels- und finanzpolitischen Maßnahmen gegen Kuba aufzuheben, sondern fordert auch die Rückgabe des in der östlichen Provinz Guantánamo besetzten Gebietes, auf dem die USA eine Marinebasis unterhält, sowie die Einstellung der speziell gegen das politische System Kubas gerichteten Radio- und Fernsehprogramme.

Wie es in dem Text heißt, fordern die Mitglieder der NOAL "von den USA, ihre Differenzen mit Kuba durch Verhandlungen auf der Grundlage der Gleichheit und der gegenseitigen Achtung beizulegen", und verlangten die strikte Einhaltung der Resolutionen 47/19 und 48/19 der UNO-Vollversammlung.

Außerdem wurde "starke Besorgnis" über die neuen, dem US-Kongreß vorliegenden Gesetzesentwürfe geäußert, die verschärfte wirtschaftliche Sanktionen gegen Kuba vorsehen.

Um die Entschiedenheit hervorzuheben, mit der die Bewegung der NOAL die kubanische Frage behandelte, erklärte der kubanische Außenminister Roberto Robaina, daß diese demonstrative Unterstützung die Einsicht der Völkergemeinschaft reflektiert, daß jeder jederzeit dem gleichen Schicksal ausgeliefert sein kann.

Das Treffen diene außerdem als Rahmen für die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Kuba und Kenia auf der Grundlage des gegenseitigen Wun-

## XI. Gipfel der Nichtpaktgebundenen

# Vom Idealismus zur Aktion

• Nachdrücklicher Appell zur Aufhebung der US-Blockade und Forderung nach Rückgabe des Territoriums der Militärbasis Guantánamo in der Abschlusserklärung enthalten • Diplomatische Beziehungen zu Kenia aufgenommen

sches zur Zusammenarbeit sowohl auf politischer als auch wirtschaftlicher Ebene.

### BEDEUTUNG DER NOAL

In der südamerikanischen Stadt Cartagena kamen die Vertreter von mehr als 80 Prozent der Weltbevölkerung zusammen, um die Frage zu klären, ob die Bewegung der NOAL an der Schwelle des 21. Jahrhunderts fortbestehen könne; in einer Welt, in der der kalte Krieg, der den Anlaß zur Gründung der Bewegung vor 30 Jahren gab, der Vergangenheit angehört.

Die Gipfelteilnehmer bekräftigten die Existenzberechtigung der Bewegung und betonten erneut die Gültigkeit und Aktualität ihrer Prinzipien und Ziele zum Schutz der Unabhängigkeit, der territorialen Integrität und der Souveränität der Staaten, die sich seit der Gründung angeschlossen haben.

Der gegenwärtige Vorsitzende der Nichtpaktgebundenen Staaten, der Kolumbianer Ernesto Samper, sagte während des Abschlußplenums, daß die Gründungsideen über Frieden und Solidarität "nie zuvor so notwendig und aktuell gewesen sind wie heute".

"Meine oberste Pflicht ist es", versicherte er, "die institutionellen Bedingungen zu schaffen, die der Bewegung erlauben, nicht nur rhetorischen sondern wirklichen Einfluß auf die Weltpolitik auszuüben. Wir können uns nicht weiterhin vor der Welt beklagen, wir müssen vom

Wort zur Tat schreiten, vom Idealismus zur Aktion."

Die Nichtpaktgebundenen Länder, sagte er, werden ihre Sorgen vor die zuständigen Gremien bringen und einen offenen und fruchtbaren Dialog mit den Industrienationen suchen, denn sie sind Teil der Lösung unserer Probleme.

Auch der Generalsekretär der UNO, Boutros Ghali, unterstützte die neben der UNO stärkste Weltorganisation, indem er sie als eine entscheidende Kraft hervorhob, die mit Blick auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts "wirklich revolutionäre" Veränderungen auf der Welt in Gang setzen kann.

In seiner Rede, die langanhaltend applaudiert wurde, versicherte Ghali, daß die gegenwärtige Situation für die Schwächsten und Benachteiligten außerordentlich gefährlich ist, da sie und sogar ganze Regionen des Planeten von der Entwicklung ausgeschlossen werden könnten. Um das zu verhindern, müssen die Nichtpaktgebundenen Staaten aktiv werden.

"Die Bewegung der NOAL ist heute mehr denn je eine der Hauptakteure im weltweiten Streben nach der von der UNO geforderten Entwicklung und Demokratisierung."

### KONSENS IN DER FRAGE DER ERWEITERUNG DES SICHERHEITSRATES

In Bezug auf eines der vorrangigen Themen der Tagung, die For-

derung nach Reformen der UNO und mit ihr zusammenhängender Finanzorganisationen, warteten die Delegierten allerdings vergeblich darauf, daß der ägyptische Delegierte konkrete Vorschläge für entsprechende Veränderungen vorlegte.

Die Delegationsleiter stellten sich geschlossen hinter die Forderung nach Erweiterung des Sicherheitsrates.

Im Abschlußdokument wird betont, daß "jeder Versuch, die Nichtpaktgebundenen Länder von der Vertretung im Sicherheitsrat auszuschließen, für die Bewegung unannehmbar wäre".

"Die Nichtpaktgebundenen Länder sind entschlossen, die Möglichkeiten der Organisation zweckmäßiger und wirkungsvoller zu nutzen, um ihre Ziele zu verwirklichen."

In dem Dokument, das in vier Kapitel unterteilt ist, schrieben die Delegierten weitere dringende Themen fest, die die Länder der Dritten Welt betreffen. Dabei stehen die Fragen der Entwicklung, des Welthandels und der Grunderzeugnisse, die Süd-Süd und Nord-Süd-Zusammenarbeit sowie die Auslandsverschuldung, die auf 1,5 Billionen Dollar angewachsen ist und als Hindernis für das Wirtschaftswachstum in den unterentwickelten Ländern angesehen wird, im Vordergrund.

Im Zusammenhang mit den sozialen Fragen wurden Themen wie die einer neuen humanen Weltordnung, Bevölkerung und Entwicklung sowie internationale Migration und Entwicklung behandelt.

In bezug auf die Frage der Menschenrechte betonten die Teilnehmerstaaten erneut ihre Bereitschaft, sie zu wahren und zu schützen und verwiesen gleichzeitig auf die Bedeutung des Rechts auf Entwicklung für alle Völker als Teil der Menschenrechte.

Ebenso wurde die Vereinbarung der Nichtpaktgebundenen Länder zur Bekämpfung der Produktion, des Transports, der Verteilung und des Konsums von Rauschgiften sowie der Geldwäsche, des Handels mit Waffen, Munition, Sprengstoffen und chemischen Substanzen zur Drogenherstellung erneuert.

Die Gruppe nahm Turkmenistan als neues Mitglied der Organisation auf, während die Anträge von Costa Rica und Bosnien-Herzegowina abgelehnt wurden; im ersten Fall aufgrund des Widerstands verschiedener arabischer Länder und im zweiten Fall aufgrund des Widerstands verschiedener afrikanischer Nationen.

Noch bevor der 11. Gipfel zu Ende ging, befand sich der kubanische Staatspräsident Fidel Castro, der 1979 die Bewegung der NOAL leitete und dessen Anwesenheit unter den rund 50 versammelten Staatsoberhäuptern sowohl bei der Presse als auch bei den Teilnehmern höchste Aufmerksamkeit genoß, auf dem Rückweg nach Kuba, um sich anschließend direkt zu den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestages der UNO zu begeben.



## REDE FIDELS AUF DEM 11. GIPFEL DER NICHTPAKTGEBUNDENEN STAATEN

# Nur uns und nur gemeinsam wird es gelingen, das ungerechte politische und wirtschaftliche System der Welt abzulösen

*Verehrter Herr Präsident von Kolumbien,*

*Verehrte Herren Staats- und Regierungsoberhäupter,*

*Verehrte Delegierte und Gäste:*

*Unsere Daseinsberechtigung mag Veränderungen erfahren haben, aber sie ist noch vorhanden.*

*Nie zuvor, seit der Gründung unserer Bewegung vor 35 Jahren, waren wir in der internationalen Politik so marginalisiert und unbekannt, nie wurden wir bei der Entwicklungshilfe und der Kreditvergabe so diskriminiert und übergangen, und nie war das internationale Wirtschaftssystem, das uns aufgezwungen wurde, je so ungerecht und ungleich. Nie zuvor waren die Souveränität und die territoriale Integrität der Länder des Südens so bedroht, nie war unsere Unabhängigkeit so in Gefahr, und nie wurden je so offenkundige Einmischungen in unsere inneren Angelegenheiten ersonnen.*

*Die Drohung eines Krieges zwischen den Großmächten ist in die Ferne gerückt, aber die Unbeständigkeit, die soziale Gewalt und die ethnischen Konflikte haben sich auf verschiedene Regionen des Planeten ausgedehnt. Ganze Völker, vereint durch ihre Geschichte, ihre Wirtschaft, ja selbst durch ihre gemeinsame Abstammung, lösten sich auf, stellten sich gegeneinander und erklärten einander sogar den Krieg.*

*Heute sind die Unsicherheit und die Armut größer denn je. Man will unseren Völkern die Globalisierung wie eine Zwangsjacke auferlegen, die uns daran hindern soll, eine eigene nationale Politik zu verfolgen, die sich von denen, die uns vom Norden vorgeschrieben werden, unterscheiden. Die völlige Privatisierung und die kommerzielle Öffnung um jeden Preis werden uns als einzig mögliche Formeln des wirtschaftlichen Erfolgs präsentiert.*

*Die Auslandsverschuldung der Dritten Welt, die man kaum noch erwähnen möchte, wächst dennoch und stellt neben dem ungleichen Austausch heute das Haupthindernis für die Entwicklung dar. Ihr aktuelles Ausmaß ist größer als die eindrucksvolle Summe von 1,5 Billionen Dollar. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu, und die gesellschaftliche Entwicklung wird erbarmungslos geopfert.*

*Ist es vernünftig, die Forderung zu akzeptieren, daß bestimmte Wirtschaftsmodelle, die von den entwickeltesten Gesellschaften vorgegeben werden, und die dazugehörigen spezifischen Muster der politischen Organisation der Gesellschaft, zu universellen Beispielen und einheitlichen Maßstäben für Gesetzmäßigkeit oder Veränderung werden müssen?*

*Wie lange werden wir noch schweigend Augenzeugen der absurden Vergeudung von Mitteln*

*durch die Wohlstandsgesellschaften sein, dieser kriminellen Hypothek auf die Zukunft unserer Kinder; dieses hemmungslosen Rennens in die weltweite ökologische Katastrophe, die vielen schon unausweichlich erscheint?*

*Die Herstellung von immer perfekteren und tödlicheren Waffen wird aufrechterhalten; der Handel mit ihnen nimmt zu. Die Konkurrenz unter den mächtigen Produzenten ist grausam. Und dann kommen die Interventionen des Sicherheitsrates, in dem die wichtigsten Wafelhändler ständige Mitglieder sind, um im Namen der Vereinten Nationen den Frieden zu bringen. Ist es etwa so, daß durch das Ende des Kalten Krieges all die riesigen Mittel, die für den Rüstungswettlauf bestimmt waren, nun für edlere Ziele eingesetzt werden?*

*Der Kongreß der USA beschließt größere Militärbudgets als die Regierung dieses Landes vorschlägt. Wozu benötigt man diese Waffen? Es ist so, daß die Entstehung einer unipolaren Welt hegemonistische Strömungen verstärkt hat, die über die Vereinten Nationen hinweg handeln wollen. Sie versuchen, den Willen der Hegemonialmacht dem Sicherheitsrat aufzuzwingen und ihn als Instrument zu benutzen, um die Welt zu unterwerfen. Diese Politik ist noch besorgniserregender und gefährlicher, wenn sie von den Positionen ausgeht, die ultrarechte*

*Sektoren eingenommen haben, die innerhalb der USA beträchtlich an politischem Terrain zu gewinnen scheinen. So entstanden in Nazi-Deutschland die fanatischen Träume, der Welt seine Herrschaft aufzuzwingen, nur daß Hitler nicht solch riesige Macht besaß.*

*Angesichts dieser Gefahr und anderer Übel, die uns bedrohen, ist es unsere Pflicht, entschlossen um die Demokratisierung der Vereinten Nationen zu kämpfen; darum, daß die Generalversammlung die Stellung einnimmt, die ihr zusteht; darum, daß der Sicherheitsrat aufhört, sich ihre Funktionen anzumaßen und hinter ihrem Rücken zu handeln. Schluß mit den Privilegien. Der Charakter eines ständigen Mitglieds darf nicht länger ausschließlich europäischen Ländern, Atommächten oder superreicher Nationen vorbehalten bleiben. Wir dürfen nicht zögern. Kämpfen wir entschlossen darum, daß in einem Erweiterten Sicherheitsrat zwei ständige Sitze für Lateinamerika und zwei für Afrika - zwei Kontinente, die überhaupt keinen besitzen - eingeräumt werden, und daß zwei weitere für Asien hinzugefügt werden, wo 60 Prozent der Weltbevölkerung leben.*

*Das ärgerliche Privileg des Vetos muß zumindest reformiert werden, solange dieses anachronistische und antidemokratische Instrument existiert. Die Absurdität, daß nur ein einziges der wenigen Länder, die in den Genuß dieses Privilegs kommen, den Willen und die Entschlüsse aller anderen UN-Mitgliedsländer zusammengekommen annullieren kann, muß aufhören.*

*Vereint sind wir eine Kraft. Vereint kann man unsere Stimme nicht überhören. Vereint muß man uns ernst nehmen.*

*Wir sind keine einfachen Zuschauer. Diese Welt ist auch unsere Welt. Niemand kann unser einheitliches Handeln ersetzen, niemand wird für uns das Wort erheben. Nur uns und nur gemeinsam wird es gelingen, das ungerechte politische und wirtschaftliche System der Welt abzulösen, das man unseren Völkern aufzwingen will.*

*Auf unsere Forderungen von heute wird man nicht spontan eingehen. Weder Zugeständnisse an diejenigen, die uns ausbeuten, noch Schwäche und Feigheit, noch die Aufgabe des Kampfes um unsere heiligsten und legitimsten Rechte werden uns zum Sieg führen. Nur die Treue zu den Prinzipien, die unsere Bewegung ins Leben riefen, die Stärke unserer Überzeugungen und die Entschlossenheit unseres abgestimmten Handelns werden dazu führen, daß wir eine Zukunft erkämpfen, wie sie unsere Völker verdienen.*

*Vielen Dank.*

*(BEIFALL)*

## UNO VERURTEILT BLOCKADEPOLITIK DER USA

# 117 mal JA zu Kuba

- Vier Jahre hintereinander Abstimmungserfolg
- Die USA konnten ihren Willen nicht durchsetzen

ROBERTO MOLINA - Prensa Latina

• VEREINTE NATIONEN.- Mit einer erdrückenden Mehrheit von 117 Stimmen dafür, drei Gegenstimmen und 38 Enthaltungen nahm die UN-Generalversammlung am 2. November die Resolution an, die dazu aufruft, die US-Blockade gegen Kuba zu beenden.

Wenn auch mit einer zunehmenden Unterstützung für die kleine Insel in der Karibik gerechnet wurde, (im vergangenen Jahr betrug das Ergebnis 101 zu 2 - USA und Israel - zu 48), so übertraf das, was die elektronische Tafel im Plenarsaal der Generalversammlung anzeigte, doch alle Erwartungen.

Die Glückwünsche für die kubanische Delegation nahmen kein Ende, und die Zufriedenheit der Repräsentanten der Insel spiegelte sich in ihren Gesichtern, in ihrem Lächeln und in kräftigem Händedrücken.

Die USA, Israel und Usbekistan waren die einzigen Länder, die den Entwurf der Resolution mißachteten, den die kubanische Delegation unter dem Titel "Es ist Notwendig, der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der USA gegen Kuba ein Ende zu setzen", vorgelegt hatte.

Für die große Mehrheit der über 25 Redner, die sich zu Wort gemeldet hatten, ist diese Unterstützung der deutlichste und konkreteste Beweis dafür, daß die internationale Gemeinschaft die überholte US-Politik, diese Politik der Superweltmacht gegen ein kleines Land, das sein souveränes Recht auf Selbstbestimmung verteidigt, ablehnt.

Grundton der Redebeiträge war, daß die US-amerikanische Haltung als einziges Überbleibsel aus der Ära des Kalten Krieges fortbesteht, dessen geschichtlicher Überwindung Washington nur bei Angelegenheiten beipflichtet, die ihren Interessen dienen.

Es gab ebenfalls zahlreiche Erklärungen der Besorgnis hinsichtlich der im US-Kongreß angenommenen Gesetzesentwürfe, deren Ziel es ist, die Blockade zu verstärken und auszudehnen und mit ihr außerdem mehr und mehr andere Staaten unter Druck zu setzen. Jene Länder, Unternehmen und sogar Personen, die mit der Insel Geschäftsverbindungen unterhalten, sollen danach ernsthaft bestraft werden.

Dieses ist nun schon das vierte Mal hintereinander, daß die Generalversammlung die von Kuba diesbezüglich vorgelegte Resolution ange-

nommen hat und ständig mit wachsender Unterstützung. 1992 ergab die Abstimmung 59 zu 3 (USA, Israel und Rumänien) und 1993 88 zu 4 (USA, Israel, Albanien und Paraguay).

Viele Beobachter schätzen vor der Abstimmung ein, daß jede weitere Gegenstimme neben denen der USA und Israels - letztere aus politischer Verpflichtung dem Weißen Haus gegenüber - nur das Ergebnis wirtschaftlichen Drucks sein könnten. Gründe dafür gibt es mehr als genug.

Jedenfalls stellen 16 Zustimmungen mehr, verglichen mit 1994, einen überragenden Sieg der kubanischen Diplomatie und der sie unterstützenden internationalen Gemeinschaft dar, denn 158 der 185 UN-Mitgliedsstaaten hatten sich an der Debatte beteiligt. Abwesend waren nur 27.

Für die Abwesenheit der 27 gab es vor allem zwei Gründe: Einem Teil wurde das Stimmrecht abgesprochen, weil sie mit der Beitragszahlung an die Organisation im Rückstand sind, ein anderer Teil will sich so dem zukünftigen Druck Washingtons entziehen, der sie erwartet, wenn sie für die Regierung in Havanna stimmen.

So geht ein weiteres Kapitel des Kampfes Kubas um seine Souveränität und Selbstbestimmung zu Ende, und es beginnen schon die ersten Vorbereitungen für das nächste Jahr, denn die Annahme der Resolution verpflichtet den UNO-Generalsekretär, der Generalversammlung einen Bericht über die Erfüllung dieses Dokuments vorzulegen und das Thema auf der 51. ordentlichen Sitzungsperiode erneut zu diskutieren.

### Das Echo auf Kubas Antrag in der UNO

Jahr	Dafür	Dagegen	Enthaltungen
1992	59	3	71
1993	88	4	57
1994	101	2	48
1995	117	3	38

### Gedanken zur Fünfzigjahrfeier

## Eine neue Chance für die UNO

GUSTAVO ROBREÑO  
- Sonderkorrespondent der Granma

• VEREINTE NATIONEN.- Die feierliche Sondersitzung anlässlich des fünfzigjährigen Bestehens der Vereinten Nationen ist vorüber, und das Echo der über 150 Redebeiträge der Staatsoberhäupter, Regierungsvertreter und anderer hoher Würdenträger, die auf dem festlichen Podium des Sitzungssaals der Generalversammlung gehalten wurden, hallt noch nach.

Wenn man Widersprüche und Nuancen bei Seite lassend, in dem, was sich hier in drei langen Maratonsitzungen von morgens bis abends zutrug, nach einem gemeinsamen Nenner suchen würde und daraus dann allgemeine Schlußfolgerungen zöge, könnte man sagen, die Vereinten Nationen haben eine Chance bekommen.

Im Rückblick auf die fünfzigjährige Geschichte der UNO erkennt die internationale Gemeinschaft - welche Gründe die einen oder anderen Staaten dafür auch haben mögen - die Notwendigkeit, diese Organisation am Leben zu erhalten und zu versuchen, ihre Unzulänglichkeiten auszubügeln. Wichtig dabei ist, ihre weitverzweigten Strukturen mit 60.000 Beamten und Angestellten zu dynamisieren, ihre Funktionstüchtigkeit zu demokratisieren und etwas für ihre kritische Finanzlage zu tun, die aus den Beitragsschulden der zahlungskräftigsten Mitgliedsländer, insbesondere der Vereinigten Staaten von Amerika, erwächst.

Die Abschlusserklärung der Fünfzigjahrfeier, Gegenstand langwieriger und mühseliger Verhandlungen

zwischen der entwickelten kapitalistischen und der Dritten Welt, enthält - soweit darüber ein Konsens möglich war - einige dieser Probleme und formuliert allgemeine Vorschläge für eventuelle Lösungen.

Besonders schwach ist das Dokument in bezug auf einen Grundsatz der Charta der Vereinten Nationen: die unumgängliche Anerkennung der Selbstbestimmung der Völker und der souveränen Gleichheit der Staaten.

Dabei ist dennoch erwähnenswert, daß viele anwesende Staatsoberhäupter - vor allem der nicht-paktgebundenen Staaten - nachdrücklich auf die Notwendigkeit hinwiesen, diese Prinzipien zu respektieren und darauf, daß es die Rolle der UNO sei, diese zu garantieren und zu schützen.

Diese lebenswichtige Angelegenheit steht in direktem Zusammenhang mit dem Thema der Demokratisierung der Organisation, besonders ihres Sicherheitsrates sowie der Form und der Umstände, unter denen die UNO die sogenannten "Operationen für die Aufrechterhaltung des Friedens" durchführen kann und soll, die in den letzten Jahren so in Mode gekommen und deren Zielsetzungen nicht klar genug sind.

Die sechzehn Friedensoperationen von 1994 haben beispielsweise 3.200 Millionen Dollar gekostet, die - auch wenn sie nur 1,3 Prozent des US-amerikanischen Militäretats ausmachen - für die UNO eine Ziffer darstellen, deren Höhe viele Mitgliedsländer beunruhigt.

Man darf dabei nicht vergessen, mag es auch noch so paradox klingen, daß unter den wütend-

sten Feinden der Vereinten Nationen einige der fundamentalistischen, rechtsradikalen Elemente sind, die heute im US-Kongreß die Kontrolle ausüben. Sie verlangen u.a. sogar, daß der Sitz der UNO vom US-Territorium entfernt werde, trotz der großen wirtschaftlichen Vorteile und der Arbeitsplätze für US-Bürger sowie weiterer Privilegien und Einflußmöglichkeiten, die ein solcher Sitz bedeutet.

Das fünfzigjährige Jubiläum ist vorbei. Die bedeutendsten Persönlichkeiten der Welt sind hier zugegen gewesen und haben ihre Haltungen und Meinungen zum Ausdruck gebracht, die sich dem Kontext einer unipolaren Welt natürlich nicht entziehen können, in der wir seit einem halben Jahrzehnt leben.

Auf diesem Gipfel waren ernste, verantwortungsbewußte und konkrete Worte von denjenigen zu hören, die, wie Fidel Castro, ihre Besorgnis um die Zukunft der Menschheit in Worte faßten: die zunehmende Armut, die Krankheiten, die Ungleichheit, die soziale Ungerechtigkeit, der ungleiche Warenaustausch, die Untilgbarkeit der Auslandsschulden, die politische Hegemonie und der ökonomische Druck.

Werden die Vereinten Nationen das geeignete Instrument sein, um diese dramatische Wirklichkeit auch nur etwas mildern zu können? Wird die UNO die entschlossene und aufrichtige Hilfe all ihrer Mitgliedsländer erhalten, um sich dieser Herausforderung erfolgreich stellen zu können?

Von den Antworten auf diese Fragen wird abhängen, ob die Organisation die ihr gegebene Chance verdient hat.



# Unser Amerika



## USA - Mexiko

### Faschismus an der Grenze

• **BESTÄRKT** durch die Verabschiedung von Maßnahmen gegen die Einwanderung und angeheizt durch die Reden von Kandidaten der Ultrarechten im Vorwahlkampf um die Präsidentschaft, verkündeten US-amerikanische paramilitärische Milizen, daß sie tausende ihrer Männer an der Grenze zu Mexiko postieren werden.

Die Nationale Allianz der Christlichen Milizen gab bekannt, daß sich paramilitärische Gruppen zur südlichen Grenzlinie begeben würden, weil, wie ihr Führer Dean Compton äußerte, es ihnen die Verfassung der Vereinigten Staaten gestatte, Gewalt gegen ausländische Invasoren anzuwenden.

Die Paramilitärs, ideologische Gesinnungsgenossen der wegen der Tragödie von Oklahoma Angeklagten, stützen sich dabei auf Maßnahmen wie das Gesetz 187, das im Bundesstaat Kalifornien angenommen wurde, und auf ein weiteres gleiches Zuschnitts aus dem gleichen Haus, das nun auch New York droht, seit ein gegen die Einwanderung gerichtetes Gesetzbündel vom Senat dieses Bundesstaates verabschiedet wurde, das jetzt auf die Unterschrift des republikanischen Gouverneurs George Pataki wartet.

Wie die Nachrichtenagentur PL meldet, kündig-



te die Einwanderungsbehörde der USA im Rahmen ihrer antiimmigratorischen Bemühungen an, daß in Kürze mit der Errichtung einer weiteren Metallmauer von 2.000 km Länge zwischen den Orten Sunland Park und dem mexikanischen Stadtviertel Anapra begonnen werde.

Von November vorigen Jahres bis August des laufenden Jahres stieg die Zahl der an der US-amerikanischen Grenze festgenommenen Mexikaner ohne Papiere, im Vergleich zum gleichen Zeitraum 1993, um 26 Prozent. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Zahl der Polizeipatrouillen um 10 Prozent erhöht wurde. Von Oktober 1994 bis Juli des laufenden Jahres verhafteten die Kräfte der Einwanderungsbehörde an der Südgrenze 1.024.934 illegale Einwanderer, wie aus Berichten des Wall Street Journals hervorgeht.

Die US-amerikanische Tageszeitung zeigt in einer Analyse auf, daß bei einem Vergleich mit den 815.398 Verhafteten im gleichen Zeitraum von 1993-1994 der Druck spürbar wird, den die mexikanische Wirtschaftskrise auf diese Emigranten ausübt. Es ist ein Heer von Arbeitslosen, die im Norden einen Arbeitsplatz suchen, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen, was wegen des Mangels an Jobs sehr schwierig ist.

Erst kürzlich haben Menschenrechtsorganisationen in den USA auf die menschenunwürdigen Bedingungen hingewiesen, unter denen Tausende von Emigranten arbeiten, sowie darauf, daß diese Situation von der Regierung Clintons nicht behoben wird. In diesem Zusammenhang weisen sie darauf hin, daß das Kontrollpersonal des Arbeitsministeriums unter den republikanischen Regierungen um 23 Prozent verringert wurde. Das führt, verbunden mit der Machtzunahme der großen Unternehmen, die ihre Lohnkosten verringern wollen, dazu, daß weiterhin illegale zu Bedingungen eingestellt werden, die kein US-Amerikaner akzeptieren würde.

Wenn man noch bedenkt, daß die Mehrzahl dieser illegalen Einwanderer kein Englisch spricht und sich aus Angst vor der Abschiebung scheut, sich an die zuständigen Behörden zu wenden, ist es nicht verwunderlich, daß es zu solchen Fällen kommt, wie dem, der im August in einer Werkhalle in El Monte, in Kalifornien, aufgedeckt wurde. Dort wurden 70 Arbeiter wie Sklaven gehalten. Viele von ihnen waren aus Thailand.

Das öffentliche Interesse wird sich bald wieder mit anderen Themen beschäftigen, doch der Faschismus geht weiter.



## Brasilien

### Kampf um Grund und Boden

• MGs, Gewehre und Flinten haben die Grundstücksbesitzer in der Nachbarschaft der brasilianischen Gemeinde Presidente Prudente, im Westen von Sao Paulo, auf dem paraguayischen Schwarzmarkt erworben, um die landlosen Bauern abzuwehren, die schon seit Jahren mit Landbesetzungen eine Agrarreform durchsetzen wollen.

Nach Angaben des militärischen Geheimdienstes hat die Bewegung der Landlosen (MST) von Januar bis August dieses Jahres knapp 180 Landbesitze in Beschlag genommen und rund 200 andere Protestaktionen durchgeführt, wie die Besetzung von Banken und staatlichen Büros. Die Auseinandersetzung zwischen den Besetzern und der Polizei hat zugenommen und sogar zu solch extremen Situationen geführt, wie Ende August im Bundesstaat von Rondonia, als es zu 12 Todesfällen kam, meldet die Nachrichtenagentur EFE.

Die Bewegung, die vor 16 Jahren

gegründet wurde, ist in 22 der 26 brasilianischen Bundesstaaten aktiv und leitet 89 Camps, in denen mehr als 20.000 landlose Bauern leben. Ihren Einschätzungen zufolge gibt es in Brasilien fast fünf Millionen landlose Familien - das sind 12 Millionen Personen. 44 Prozent des Bodens des Landes befindet sich dagegen in den Händen von einem Prozent der Eigentümer.

Seit den 60er Jahren wird das Versprechen einer Agrarreform wiederholt, das jedoch bis heute nicht in die Tat umgesetzt wurde. Der Landwirtschaftsminister José Eduardo Andrade Vieira und der Justizminister Nelson Jobim gaben bekannt, daß die Bauern, die sich an der Besetzung von Landgütern beteiligen, bei der Agrarreform nicht berücksichtigt würden. Wie die Nachrichtenagentur IPS meldet, hat sich die Regierung zur Landübergabe an etwa 280.000 Familien verpflichtet.



## Peru



### "Der Konflikt um die Eileiter"

• IM Rahmen der Strategie des Kampfes gegen die Armut bekräftigte der peruanische Präsident Alberto Fujimori, daß er auf alle Fälle das Programm zur Familienplanung in Angriff nehmen werde, das er auf der Vierten Weltfrauenkonferenz in Peking vorstellte, "denn das Volk ist frei und weise".

Die peruanische Presse hat diese Debatte als "Konflikt um die Eileiter" bezeichnet, in Anlehnung an die vom Staat eingegangene Verpflichtung, Eileiterligaturen und Vasektomien billig auszuführen. Die Eingriffe werden vom Klerus schärfstens verurteilt und als "Verstümmelungen" bezeichnet, auch wenn sie freiwillig durchgeführt werden.

"Ich lege es nicht auf eine Auseinandersetzung an", sagte Fujimori, der schon vorher bestätigt hatte, daß er als gläubiger Katholik ein ruhiges Gewissen habe und daß er mit der Familienplanung nur das wiederhole, was schon andere katholische Nationen vor ihm taten, in denen die Kirche keinen Widerstand leistete.

Die peruanische Regierung wird für die Verbreitung und Unterstützung dieses Programms der Familienplanung im nächsten Jahr rund 24 Mio. Sol (etwa 10,7 Mio. Dollar) bereitstellen, meldet Reuter.



Die Klinik Cira García  
in Havanna

# MENSCHLICHE MEDIZIN



ORLANDO GÓMEZ BALAZO,  
Fotos: AHMED VELÁZQUEZ,  
- Granma Internacional

• WÄHREND ihres Rundgangs durch die Zentralklinik Cira García in Havanna hatten die Reporter den Eindruck, daß es sich eher um ein komfortables Hotel handelt, in dem der Gast-Patient (Tourist, Diplomat oder ein sonstiger Besucher aus dem Ausland) mit den strengen Regeln und Normen, die einem traditionellen Krankenhaus eigen sind, nichts zu tun hat.

Dies war der erste Eindruck, obgleich wir den Verdacht hatten, daß ihr Direktor, Antonio González Fernández, etwas übertrieb, als er uns von den Vorzügen seiner Klinik berichtete. Am Ende des Besuches - nach den zahlreichen Interviews mit ihren Gast-Patienten aus Argentinien, Chile, Uruguay, Brasilien und anderen Nationen - wurde uns jedoch klar, daß die Wirklichkeit die Schilderung von González Fernández bei weitem übertrifft.

"Ich kam nach Kuba, ins Cira García, weil meine Eltern viel Gutes über diese Einrichtung gehört hatten, und meine Krankheit, Multiple Sklerose, hier sicher besser behandelt wird, als in Buenos Aires, wo ich herkomme. Hinzu kommt ausserdem die ausgezeichnete, sehr humane Behandlung, die ich hier erfahren habe, und das hohe technische und professionelle Niveau, das man hier hat." (Mabel Beatriz Giromini, Argentinien, während einer Ozonbehandlung.)

Vor Ort erfuhren wir, daß die wichtigsten und modernsten Medikamente, die in der Klinik eingesetzt werden, Forschungsergebnisse der kubanischen medizinischen Forschung, vor allem auf dem Gebiet der Gen- und Biotechnologie sind. Deswegen hört man ständig von Interferonen, Immunglobulinen, rekombinierender Streptokinese, epidermischem Wachstumsfaktor, Mitteln gegen die Kokkenmeningitis... und ultramicroanalytischen und elektrokardiographischen Analysen mit Geräten kubanischer Hersteller wie Diramic, Suma, Cardiocid und anderen, die höchsten Qualitätsanforderungen entsprechen.

"Sehen Sie, ich bin Chilene, und ich kann ihnen versichern, daß man in Chile niemals so behandelt würde wie hier. Ein kleines Beispiel soll veranschaulichen, wovon ich spre-



**Mabel Beatriz Giromini aus Buenos Aires wird wegen ihrer Multiple Sklerose mit Ozon behandelt. Ihr Klinikaufenthalt wird 21 Tage dauern. Danach wird die Behandlung in Argentinien nach den Anweisungen der kubanischen Ärzte fortgesetzt**

che: In Chile ist es nicht erlaubt, daß ein Familienangehöriger den Kranken im Hospital begleitet; hier ist es das genaue Gegenteil. Das Beste an der kubanischen Medizin ist meiner Meinung nach der Umgang mit dem Patienten; danach kommt der hohe Entwicklungsstand der Ärzte, der Technik und der eingesetzten Medikamente. Ich habe ein Leberleiden und man behandelt mich hier erfolgreich mit kubanischem Interferon." (Benjamin Romero, Stadtteil Paine, Santiago de Chile.)

Neben dem Angebot der ambulanten Sprechstunden, die in allen Fachrichtungen abgehalten werden, bietet die Klinik Cira García Behandlungen insbesondere von Augen- und HNO-Krankheiten, Schizophrenie, Multiple Sklerose, rheumatischer Arthritis, Bluthochdruck, allgemein chirurgische und zahnärztliche Behandlungen sowie ärztliche Allgemeinuntersuchungen für Geschäftsleute. Die Therapien, die in der Klinik angewandt werden, sind so erfolgreich, daß man derzeit dazu übergeht, ein Garantiesystem für die Qualität der Behandlung einzuführen, das mit den Anforderungen der international anerkannten Normen ISO-9000 in Einklang steht.

"Mein Mann und ich kommen aus Uruguay, und wir haben zahlreiche Faxe an Forschungsinstitute und Krankenhäuser in viele Länder, sogar bis nach Schweden, geschickt. Die einzige Klinik, die sich für mein Leiden, eine rheumatische Erkrankung (sklerodermische Connectivo-

pathie), interessiert hat, war die Cira García in Havanna. Hier war ich, schon weil es das erste Mal ist, daß ich in Kuba bin, von dem Fortschritt der Immunmedizin überrascht. Sogar das Immunglobulin T produziert man hier. Da ich selbst Ärztin bin, kann ich den Entwicklungsstand, den die Kubaner erreicht haben, und die Erfahrungen, die sie nicht nur in dieser, sondern in fast allen Fachrichtungen gesammelt haben, besser und objektiver einschätzen."

"Eine andere Frage ist die Art und Weise, mit der man hier die Patienten behandelt, die menschliche Wärme, die sie erfahren. Weit mehr als sonst auf unserem Kontinent üblich. Was das anbelangt, gibt es einen enormen Unterschied zwischen Kuba und Uruguay. Hier spürt man eine wirkliche menschliche Beziehung zwischen Arzt und Patient. Ich denke, ich werde innerhalb des nächsten Jahres wiederkommen, wenn diese erste Behandlungsphase zu Ende geht..." (Dr. Marlene Vilela aus Antúnez, Distrikt Cerro Largo, im Norden Uruguays.)

... Die Journalisten der Granma Internacional hatten gegen Ende ihres Besuchs und während der vielen Begegnungen mit den derzeitigen Patienten der Klinik in Havanna ein eigenartiges Gefühl. Der Grund dafür lag darin, daß so viel übereinstimmendes Lob und aufrichtige Anerkennung für eine Einrichtung der öffentlichen Hand in

**Das Trio, das von Granma Internacional interviewt wurde: Das uruguayische Ehepaar Dr. Marlene Vilela und Elmar Antúnez aus Cerro Largo, an der Grenze zu Brasilien, sowie die Unternehmerin Yita Frey aus Buenos Aires.**

der heutigen Zeit nicht oft vorkommen. Und noch viel weniger, wenn man bedenkt, daß diese Meinungen von Menschen verschiedener Nationalitäten mit scharf ausgeprägten, sehr unterschiedlichen Eigenheiten, Kulturen, Erfahrungen und Gewohnheiten geäußert werden.

Deshalb bleibt nichts weiter übrig, als zum Schluß aus den Interviews eines auszuwählen, daß uns eine argentinische Unternehmerin gab, die aus eigener Erfahrung in ihrem und in unserem Land ausreichende Voraussetzungen besitzt, um, mit der Objektivität, die wir - Journalisten und Leser - erwarten, die Situation einschätzen zu können.

"Ich weiß schon nicht mehr, wie oft ich nach Kuba gekommen bin. Mit dieser Reise müßte es das neunte oder zehnte Mal sein, denn dieses kleine Land zieht mich sehr an. Ich betrachte es als meine zweite Heimat. Ich bewundere und liebe die Kubaner und habe unter ihnen viele Freunde. Ich möchte ihnen sagen, daß man mich in Argentinien nicht an Retinopathia pigmentosa operieren wollte, vielleicht, weil die Technik, die hier so weit entwickelt ist, nicht bekannt ist. Also hat man mich im Cira García operiert und die Krankheit zum Stillstand gebracht. Vorher wurde ich schon am grauen Star operiert. Ihr seid Zeugen, wie wohl ich mich fühle. Ich denke, in Argentinien wollen viele Ärzte und Institute die Qualität der kubanischen Medizin nicht anerkennen. Und um von den Kosten zu sprechen, in Buenos Aires würde man für diese Behandlungen viel mehr bezahlen als in Kuba, und auf keinen Fall würde man die Menschlichkeit finden, mit der man hier betreut wird." (Yita Frey Brun, aus Buenos Aires.)